

# 2010 in Zahlen

Geschäftsbericht der Nassauischen Sparkasse

# Inhalt

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Rechtsform und Träger</b>	5
<b>Lagebericht der Nassauischen Sparkasse</b>	6
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	7
Rechtliche Rahmenbedingungen	8
Die Naspas und ihr Geschäftsgebiet	8
Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz und Personalbericht	9
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	13
Nachtragsbericht	17
Risikobericht	17
Prognosebericht	28
Gesamtaussage	29
<b>Bericht des Verwaltungsrates</b>	30
<b>Jahresabschluss</b>	33
Jahresbilanz	34
Gewinn- und Verlustrechnung	36
<b>Anhang der Nassauischen Sparkasse</b>	38
Allgemeine Angaben	39
A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
B. Angaben zur Bilanz	43
C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	48
D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	49
E. Sonstige Angaben	50
<b>Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse</b>	56
<b>Vorstand der Nassauischen Sparkasse</b>	57
<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	58
<b>Impressum</b>	59

# Das Geschäftsjahr 2010

# Rechtsform und Träger

## Geschäftsbericht 2010, 171. Geschäftsjahr

Die Nassauische Sparkasse, führende Regionalbank in Hessen und Rheinland-Pfalz mit Sitz in Wiesbaden, ist hervorgegangen aus der im Jahre 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogthum Nassau“, Vorgängerin der Herzoglich-Nassauischen Landesbank.

Die Nassauische Sparkasse ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Diesen Zweckverband bilden die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hat seinen Sitz in Wiesbaden und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen.

# Lagebericht der Nassauischen Sparkasse

## Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft setzte ihre bereits 2009 begonnene Erholung im Jahre 2010 fort. Die Rezession um den Jahreswechsel 2008/2009 in fast allen Regionen der Welt wurde damit in der Summe der Weltproduktion bereits recht schnell überwunden. Allerdings verlief die Erholung sehr inhomogen, mit großen Wachstumsunterschieden und in sehr verschiedenen Strukturen in den einzelnen Ländern. Am größten war die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern Lateinamerikas und vor allem Asiens. In vielen Industrieländern verläuft die Erholung dagegen bisher sehr zaghafte.

Die fünf Eurostaaten Irland, Italien, Portugal, Spanien und vor allem Griechenland leiden in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gewichtung unter hoher Staatsverschuldung, geringer Wettbewerbsfähigkeit, angeschlagenen Bankensystemen und geplatzten Immobilienblasen. Die an den Kapitalmärkten geforderten Risikoprämien für die Finanzierung dieser Staaten sind 2010 deutlich gestiegen.

Deutschland nimmt eine Sonderrolle in der gespaltenen Entwicklung der Weltwirtschaft ein und bildet innerhalb des Euroraums den Kontrast zu den Staaten mit schwacher Bonität. Gemessen an seinem Wachstum im abgelaufenen Jahr weist Deutschland sogar eine Dynamik auf, die durchaus mit dem Expansionstempo der Schwellenländer vergleichbar ist. Allerdings hatte Deutschland zuvor in der Rezession aufgrund seiner Position im Außenhandel einen großen Rückschlag hinnehmen müssen. Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands war 2009 um 4,7 % geschrumpft. Das Erholungstempo im Jahr 2010 ist in weiten Teilen schlicht einem korrigierenden Rückprall zuzuschreiben. Dennoch stellen die im Gesamtjahr 2010 erreichten 3,6 % realwirtschaftlichen Wachstums eine beachtliche Leistung dar.

Bemerkenswert hierbei ist, dass die Wachstumsimpulse nicht nur vom Außenhandel, sondern auch aus dem Inland kamen: Insbesondere in Ausrüstungen wurde deutlich mehr investiert als im Vorjahr (+9,4 %). Der Export war natürlich auch im Jahr 2010 ein wichtiger Wirtschaftsmotor der deutschen Wirtschaft. Aus eigener binnenwirtschaftlicher Kraft hätte das Land die Erholung nicht so schnell vollziehen können. Die Exporte stiegen preisbereinigt um 14,2 %, das Importvolumen erhöhte sich etwas weniger stark um 13,0 %.

Die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums spiegelten sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Mit 40,5 Millionen Erwerbstätigen waren 2010 so viele Menschen in der deutschen Wirtschaft tätig wie noch nie zuvor. Mit der Rückkehr zu Normalarbeitszeiten war 2010 zudem ein Anstieg der tatsächlich ausgezahlten Löhne verbunden, was den Konsum weiter angeregt hat.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2010 um gut ein Prozent gestiegen. Die moderate Entwicklung ist im Zusammenhang mit der geringen Kapazitätsauslastung zu sehen. Aus Sicht der EZB lag die Steigerung der Verbraucherpreise vordergründig auf Zielniveau von „unter, aber nahe bei 2 %“. Im Nachgang zu Finanzkrise und Rezession ist die Situation immer noch labil. Der bereits angekündigte Ausstieg aus den geldpolitischen Sonderinstrumenten wurde deshalb nur teilweise vollzogen, in anderen Teilen aber nochmals verschoben: Die Zwölfmonats-tender liefen 2010 aus und wurden nicht neu aufgelegt, aber die Vollzuteilung bei den kürzer laufenden Refinanzierungsgeschäften blieb erhalten. Hinzu kam als neue Intervention der Ankauf von Anleihen bonitätsschwacher Staaten.

Die Finanzpolitik blieb derweil noch stimulierend wirksam. Die in vielen Ländern 2009 aufgelegten Konjunkturprogramme wirkten in vielen Komponenten 2010 noch fort, so auch in Deutschland. Gemessen an der Veränderung des Fiskalsaldos zum Vorjahr ging aber kein großer expansiver Impuls mehr davon aus. Die sich im Jahresverlauf 2010 bereits deutlich erholenden Steuereinnahmen haben eine größere Neuverschuldung verhindert. Die Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte blieb nicht zuletzt wegen der guten Arbeitsmarktlage deutlich unter den ursprünglichen Budgetplanungen.

## Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Nassauische Sparkasse mit Sitz in Wiesbaden ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT), Frankfurt am Main und Erfurt.

Träger der Naspa ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis, der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis sowie der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist im Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen integriert. In diesem Verbund sind neben dem Helaba-Konzern die 50 Sparkassen in Hessen und Thüringen zusammengeschlossen.

Das Verbundkonzept umfasst mehrere Elemente. Neben der Festlegung eines einheitlichen Leitbildes und der strategischen Verbundziele steht vor allem das gemeinsame Risikomanagement im Vordergrund. Als Instrumentarien hierfür wurden eine gemeinsame Risikostrategie sowie ein Frühwarnsystem in Form eines Ampelmodells installiert.

Ein weiteres Element des Verbundkonzepts stellt die Bildung eines Reservefonds dar, der zusätzlich zum regionalen Sicherungsfonds von den Sparkassen in Hessen und Thüringen sowie der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) unterhalten wird.

Das Verbundkonzept trägt dazu bei, dass die Sparkassen, die Landesbank Hessen-Thüringen und die anderen einbezogenen Unternehmen als wirtschaftliche Einheit wahrgenommen werden. Nach außen erkennbar wird dies durch die Vergabe eines Verbundratings. So haben zwei unabhängige Ratingagenturen der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen ein Bonitätsrating von A+ (Fitch) bzw. A (Standard & Poor's) zuerkannt und diese Einstufung im Berichtsjahr erneut bestätigt.

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Vertrag zur Veräußerung ihrer Tochtergesellschaft Naspa Dublin geschlossen. Der dingliche Vollzug erfolgte am 29. Mai 2009. In diesem Zusammenhang wurde ein öffentlich-rechtlicher Begleitvertrag geschlossen, der für die Nassauische Sparkasse bestimmte Auflagen enthält – die längstens bis zum 31. Dezember 2015 zu beachten sind – und die Verteilung der Risiken zwischen der Sparkasse und dem SGVHT regelt. Einzelheiten hierzu haben wir im Anhang zum 31. Dezember 2010 dargestellt.

## Die Naspa und ihr Geschäftsgebiet

Unser Geschäftsgebiet erstreckt sich über sechs Landkreise und zwei kreisfreie Städte in Hessen und Rheinland-Pfalz mit einer Gesamtfläche von rd. 4.200 km<sup>2</sup> und knapp 2 Mio. Einwohnern. Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung und die Kaufkraft befindet sich unser Geschäftsgebiet in einem attraktiven Wirtschaftsraum, der im Bundesvergleich überdurchschnittliche Werte aufweist. Daraus ergibt sich jedoch auch eine starke Wettbewerbssituation zum einen mit allen Mitbewerbern, zum anderen aber auch mit vier weiteren Sparkassen (Gemengelage).

Auf unser Geschäftsgebiet entfallen mehr als 41 % der Bruttowertschöpfung des Landes Hessen und rd. 7 % der Bruttowertschöpfung des Landes Rheinland-Pfalz. Hinsichtlich der Einzelbranchen und ihrer regionalen Ansiedlung bestehen jedoch deutliche Unterschiede. Insgesamt dominiert der Dienstleistungssektor, gefolgt vom produzierenden Gewerbe. Entsprechend unterschiedlich hinsichtlich der Branchen und der Regionen zeigte sich auch die konjunkturelle Entwicklung. So bewegten sich die von den regionalen Industrie- und Handelskammern erhobenen Geschäftsklimaindizes zwischen 113 und 129 Punkten. Der vergleichbare Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland weist für den gleichen Zeitraum 108 Punkte aus. Die Entwicklung an den Arbeitsmärkten verlief ebenfalls nicht einheitlich. Die Quote der Erwerbslosen im Geschäftsgebiet lag innerhalb einer Spannweite von 3,6 % bis 7,6 %, während zum 31. Dezember 2010 die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz 5,4 % und in Hessen 6,0 % betrug (Vorjahr: 5,7 % bzw. 6,4 %).



Die Naspa ist Teil einer sich dynamisch verändernden Bankenlandschaft, speziell im Retailgeschäft. Die Sparkassen setzen insgesamt weiter darauf, Qualitätsanbieter von Finanzdienstleistungen zu sein, und haben diesen Anspruch in den Fokus der strategischen Überlegungen gestellt. Zur Sicherung der nachhaltigen Zukunftsfähigkeit der Naspa haben wir unsere Strategie „Naspa 2011“ entsprechend fortgeführt und halten an der Neuausrichtung unseres Hauses als der Nr. 1 im Komfort fest, das heißt, die Naspa soll trotz des regionalen Wettbewerbs als Marktführer im Bereich Dienstleistung wahrgenommen werden. Ziel ist es, sich auch vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Wettbewerbs, auch mit den Direktbanken, von den Mitbewerbern abzugrenzen und dadurch nachhaltig eine Verbesserung der Ertragskraft zu erreichen.

Dies haben wir auch durch eine angemessene regionale Aufstellung sichergestellt. Das Geschäftsgebiet ist dazu im Privatkundengeschäft in zehn Regionalmärkte untergliedert. Unser neuausgerichtetes Private Banking-Konzept können wir mit insgesamt 20 Private Banking-Centern im gesamten Geschäftsgebiet einer deutlich größeren Kundengruppe erfolgreich anbieten. Das Firmenkundengeschäft wurde im Rahmen des Projekts „Roadmap 2012“ auf Basis der Strategie „Naspa 2011“ weiterentwickelt und gliedert sich nun in drei Regionalmärkte. Mit unserer Komfortpositionierung und neuen IT-gestützten Beratungskonzepten wollen wir unseren Kunden auch weiterhin einen nachhaltigen Mehrwert bieten.

Unsere Komfort- und Serviceorientierung wurde im vergangenen Jahr von einem unabhängigen Gutachter – dem TÜV Hessen – erneut überprüft und bestätigt. Das TÜV-Proficert-Siegel für Komfort- und Serviceorientierung haben wir damit für ein weiteres Jahr erhalten. Die erfolgreiche zweite Überprüfung im Herbst 2010 zeigt, dass sich die Komfort- und Serviceorientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter verbessert. Die Nassauische Sparkasse hat sich nach bereits zwei erfolgreichen Zertifizierungsjahren dazu entschlossen, eine Rezertifizierung durch diesen unabhängigen Gutachter zu beauftragen. Zusätzlich zu unserer Strategie „Naspa 2011“ haben wir 2007 ein Projekt zur Restrukturierung der Stabs- und Marktfolgebereiche begonnen, das früher als geplant bereits Ende 2010 abgeschlossen wurde.

## Statistischer Bericht über die Erfüllung des Öffentlichen Auftrags gemäß § 15 Abs. 2 Hessisches Sparkassengesetz und Personalbericht

Die Nassauische Sparkasse ist seit ihrer Gründung im Jahr 1840 dem gemeinen Nutzen in der und für die Region verpflichtet. Im Zentrum steht dabei der öffentliche Auftrag der Naspa, der in § 2 des Hessischen Sparkassengesetzes festgeschrieben ist. Danach ist die Naspa mit der Aufgabe betraut, als ein dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Der Naspa obliegt danach insbesondere die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Die Förderung der kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich ist dabei Teil des öffentlichen Auftrages.

### Leistungsangebot

Die Naspa gewährleistet mit einem flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz die Nähe zu ihren Kunden. Insgesamt stehen 147 Finanz- und Service-Center, 20 Private Banking-Center und 3 Firmenkunden-Center zur Verfügung. Das Angebot wird durch 87 Service-Points ergänzt, davon 74 Nebenzweigstellen, in denen unsere Kunden – insbesondere in den kleineren Ortschaften unseres Geschäftsgebietes – ebenfalls Bankgeschäfte tätigen können.

Unser gesamtes Leistungsspektrum erstreckt sich vom täglichen Zahlungsverkehr über die Finanzierung privater und geschäftlicher Investitionen sowie Baufinanzierungen und die traditionelle Geldanlage bis hin zur individuellen Vermögensberatung. Durch die Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen der Sparkassen-Finanzgruppen Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz wird das Produktportfolio der Naspa um den Versicherungs-, Bausparkassen- und Immobiliensektor sowie Leasing ergänzt.

## Förderung der Vermögensbildung

Bilanzwirksame Anlagen	
Kontenzahl	Stück
Sparkonten	415.041
Termingeldkonten	5.480
Konten für täglich fällige Gelder	354.084
darunter	
Geschäftgirokonten	43.430
Privatgirokonten	310.654
Vermögensbildung (Nichtbanken)	in Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.149,7
davon:	
• Spareinlagen	2.339,7
• befristete Einlagen	4.810,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	613,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	105,0
Genussrechte	62,5
Bilanzneutrale Anlagen	
Anzahl Kundendepots	37.509
Depotbestand (in Mio. EUR)	2.234,7

Dabei kamen wir auch dem öffentlichen Auftrag nach, jedem Einwohner in unserem Geschäftsgebiet ein Konto auf Guthabenbasis zur Verfügung zu stellen. Über 10.700 Kontoinhabern stand damit ein Zahlungsverkehrsinstrument zur Verfügung, das ihnen auch in wirtschaftlich oder sozial angespannter Lage die Möglichkeit bietet, Bankgeschäfte zu tätigen.

Neben der Bereitstellung von Kreditmitteln für unsere Privatkunden ist die Naspas ein wichtiger Ansprechpartner für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und Existenzgründer. Insgesamt erfolgten 2010 Darlehenszusagen von rd. 1,1 Mrd. EUR (2009: 1,3 Mrd. EUR), während Darlehen von rd. 1,0 Mrd. EUR (2009: 1,2 Mrd. EUR) ausbezahlt wurden. Dabei werden neben hauseigenen Finanzmarktprodukten auch öffentliche Förderkredite und Finanzierungsinstrumente in das ganzheitliche Betreuungskonzept einbezogen. Insgesamt haben wir im Jahr 2010 im Rahmen unserer Beratungs- und Betreuungsaktivitäten aus öffentlichen Förderprogrammen 848 Kredite mit einem Gesamtvolumen von über 65 Mio. EUR vergeben.

Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs	
Anzahl Kreditkonten	103.027
Forderungen an Kunden (in Mio. EUR)	7.900,1
Darlehenszusagen (in Mio. EUR)	1.071,5
Darlehensauszahlungen (in Mio. EUR)	973,4

## Soziales und wirtschaftliches Engagement

Als eng mit ihrem Geschäftsgebiet verankerte Sparkasse hat die Naspas nicht nur ein hohes Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch an der Entwicklung des kulturellen und sozialen Lebens in ihrem Geschäftsgebiet.

Die Naspas hat im Jahr 2010 eine große Anzahl von Vereinen und Einrichtungen in Form von Spenden, PS-Los-Zuwendungen und Sponsoring mit rund 2,8 Mio. EUR finanziell unterstützt.

Die Naspas Stiftung „Initiative und Leistung“ wurde am 15. Dezember 1989 durch die Nassauische Sparkasse mit einem Stiftungskapital von 2,6 Mio. EUR gegründet. Seitdem erhöhte sich das Stiftungsvermögen durch Zustiftungen der Naspas kontinuierlich und das Stiftungskapital beträgt heute 16 Mio. EUR. Im Jahr 2010 erfolgte eine Zustiftung in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Dieses Vermögen garantiert durch seine Erträge eine nachhaltige Fördermittelvergabe für die Region. Der Schwerpunkt liegt dabei besonders auf kleinen Vereinen und Kleinstprojekten aus den Bereichen Jugend, Kultur, Kunst, Sport, Heimat- und Brauchtumpflege sowie Umweltschutz und Gesundheitspflege. Seit Gründung der Stiftung wurden knapp 8.000 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von rund 12,8 Mio. EUR ausgeschüttet. Auf das Berichtsjahr entfallen Fördermittel von 0,5 Mio. EUR.

Mit einer Gesamtsumme von 3,3 Mio. EUR (einschließlich Stiftung) an Fördermitteln unterstützen wir so diese Vereine und Einrichtungen dabei, ihre gemeinnützigen Aufgaben und Ziele zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Geschäftsgebiet der Naspas weiter zu erfüllen.

**Spenden und Sponsoring der Naspas (ohne Stiftung) im Jahr 2010**

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
<b>Insgesamt</b>	<b>2.795</b>	<b>100</b>
Davon Verwendung für:		
1. Spenden		
1.1 Soziales	262	9
1.2 Kultur	608	22
1.3 Umwelt	16	1
1.4 Sport	51	2
1.5 Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	92	3
1.6 Sonstiges	1.274*	45
2. Sponsoring	492	18

\*davon 1 Mio. EUR Zustiftung an die Naspas Stiftung „Initiative und Leistung“

Zur weiteren wirtschaftlichen Förderung der Region hat sich die Naspas an insgesamt vier Wirtschaftsförderungsgesellschaften beteiligt. Diese tragen u. a. auch durch die Unterstützung von Existenzgründern zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ihrer Landkreise bei.

**Personalstruktur**

Zum Jahresende 2010 beschäftigte die Naspas insgesamt 2.132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Ende 2009: 2.191). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lag bei 1.410 (Ende 2009: 1.477) und die der Teilzeitbeschäftigten bei 548 (Ende 2009: 551). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte sind bei der Naspas 1.881 Mitarbeiter tätig (Vorjahr: 1.933).

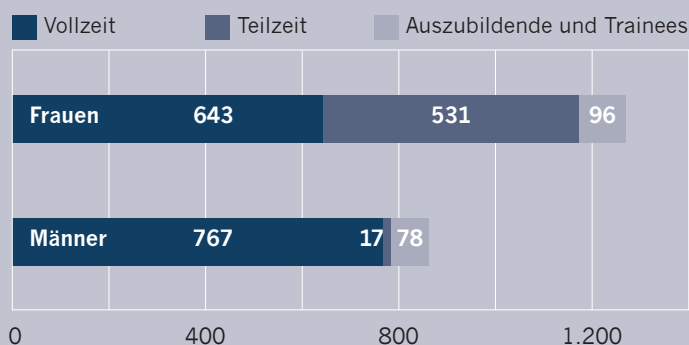
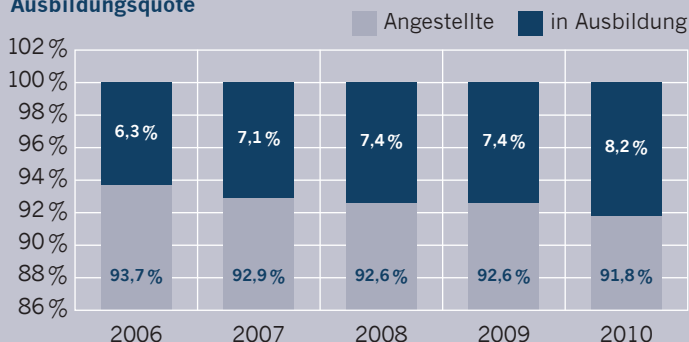
Einen hohen Stellenwert hat die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Dies zeigt sich auch in der Beschäftigung von 174 Auszubildenden und Trainees zum Jahresende 2010 (Ende 2009: 163).

Im Laufe der vergangenen Jahre hat die Naspas trotz eines zurückgehenden Personalbestandes Wert darauf gelegt, die Zahl der in Ausbildung befindlichen Personen nicht zu senken, was zu einem Anstieg der Ausbildungsquote von 6,3 % auf 8,2 % führte.

**Naspas Stiftung „Initiative und Leistung“ im Jahr 2010**

Stiftungskapital am 31.12.2010		16 Mio. EUR	
Stiftungsausschüttungen im Jahr 2010 in Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %	
<b>Insgesamt</b>	<b>523</b>	<b>100</b>	
Davon Verwendung für:			
Soziales	155	30	
Kultur	215	41	
Umwelt	28	5	
Sport	82	16	
Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	43	8	
Sonstiges	0	0	

Als Steuerzahlerin trägt die Naspas zur Finanzierung der öffentlichen Hand bei. In den Jahren 2006 bis 2010 belief sich der Steueraufwand auf insgesamt 53,5 Mio. EUR. Die Gewerbe- und Grundsteuer fließt den Kommunen direkt zu, über die Umlage der Körperschaftsteuer partizipieren die Gemeinden vor Ort.

**Arbeitszeitmodelle****Ausbildungsquote**

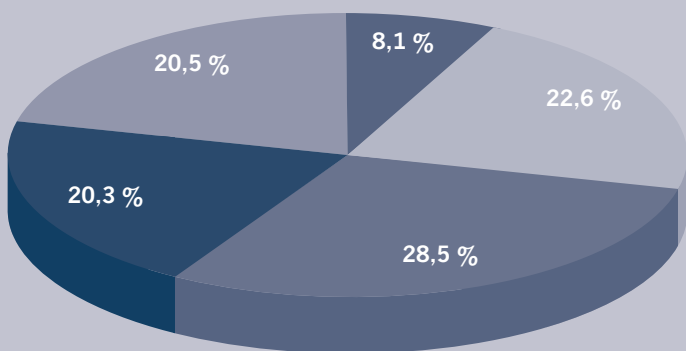
Bei der Naspas werden variable Arbeitszeiten sowie unterschiedliche Teilzeitmodelle genutzt. Der Anteil der Beschäftigten, die in einem aktiven Altersteilzeitverhältnis stehen, betrug Ende 2010 3,3 % (Ende 2009: 4,2 %).

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Naspas-Mitarbeiter lag 2010 bei 18,2 Jahren (Ende 2009: 17,7 Jahre), das Durchschnittsalter bei 40,6 Jahren (Ende 2009: 40,3 Jahre) und die Austrittsquote bei 6,7 % (Vorjahr: 6,2 %). Die durchschnittliche jährliche Krankenquote belief sich auf 4,8 % (Vorjahr: 4,4 %).

### Personalentwicklung

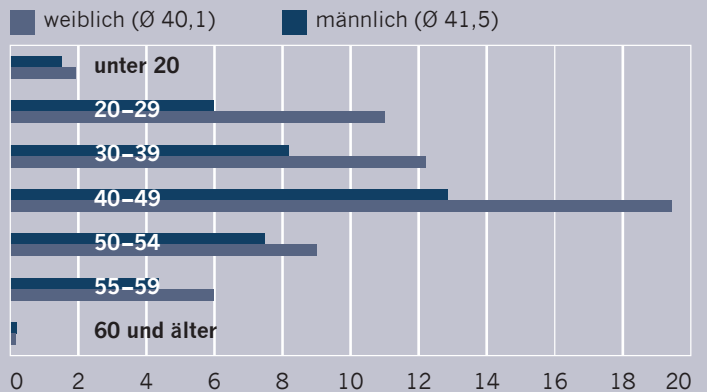
Die Beschäftigten der Naspas wiesen im Jahr 2010 bezüglich ihrer Bildungsabschlüsse ein im Sparkassenvergleich überdurchschnittliches Bildungsprofil auf, wobei vor allem der hohe Anteil an Sparkassen-Bildungsabschlüssen mit insgesamt rd. 54 % (2009: rd. 53 %) hervorzuheben ist.

#### Bildungsabschlüsse



- Hochschulabschluss/Lehrinstitut
- Sparkassen-/Bankbetriebswirt
- Sparkassen-/Bankfachwirt
- Sparkassen-/Bankkaufmann
- Sonstige

#### Altersstruktur (Verteilung in %)



Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Leistungsfähigkeit unserer Mitarbeiter und damit in die Ertragskraft unseres Instituts. Ausgelöst durch die Neuausrichtung der Nassauischen Sparkasse als Vertriebssparkasse und im Hinblick auf die demografische Entwicklung der Beschäftigten haben wir unsere Personalentwicklung konzeptionell optimiert.

Die Neukonzeption unserer Personalentwicklung ist stringent auf den Bedarf im Vertrieb ausgerichtet – und damit auf den Bedarf unserer Kunden. Bei der Weiterbildung unserer Vertriebsmitarbeiter setzen wir auf systematisches, individuelles Lernen mit Erfolgskontrollen, um die Verbindung von hoher fachlicher Kompetenz mit verkäuferischer Professionalität auszubauen. Als Voraussetzung dafür haben wir 2009 die Naspas-NetAcademy aufgebaut.

Die Naspas-NetAcademy ist eine technische Plattform für E-Learning. Sie bietet für jede vertriebliche Funktion das passende Lernangebot – zum Beispiel für Serviceberater, Privatkundenberater oder Berater unserer Private Banking- und Firmenkunden. Die Lerneinheiten orientieren sich eng an der praktischen Arbeit – eingebunden sind Online-Trainings, Fallstudien und Praxisaufträge. Regelmäßige Lern-erfolgstests erlauben Mitarbeitern und Führungskräften eine zeitnahe Erfolgskontrolle und Standortbestimmung. Ergänzend zur Online-Qualifikation werden Präsenzseminare angeboten, um das erworbene Wissen anzuwenden und zu trainieren. Bis Ende 2010 absolvierten rund 2.500 Teilnehmer Online-Kurse, 1.500 Mitarbeiter besuchten interne Vertriebsseminare.

## Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

### Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt 2010 im Rahmen unserer Erwartungen. Mit 98,9 Mio. EUR konnte der Vorjahreswert um 1,9 % überschritten werden. Durch einen höheren Zinsüberschuss und einen höheren Provisionsüberschuss sowie durch geringere Personalaufwendungen und Einsparungen der Sachaufwendungen konnten die Belastungen aus dem Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen überkompensiert werden.

	2006	2007	2008	2009	2010
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss (einschließlich laufender Erträge)	252,6	214,1	222,0	238,1	<b>256,3</b>
Provisionsüberschuss	73,0	71,2	64,8	63,5	<b>66,8</b>
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen	248,3	222,0	226,6	209,4	<b>199,8</b>
Teilbetriebsergebnis	77,3	63,3	60,2	92,2	<b>123,3</b>
Nettoergebnis des Handelsbestands	5,1	1,0	0,7	0,4	<b>0,0</b>
Saldo aus sonstigen Erträgen und Aufwendungen	14,9	6,8	1,3	4,5	<b>-24,4</b>
Betriebsergebnis vor Bewertung	97,3	71,1	62,2	97,1	<b>98,9</b>
Bewertungsergebnis	-76,5	-71,3	-49,8	-63,0	<b>-79,0</b>
<b>Betriebsergebnis nach Bewertung</b>	<b>20,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>12,4</b>	<b>34,1</b>	<b>19,9</b>

Der **Zinsüberschuss** (einschließlich laufender Erträge) erhöhte sich um 7,6 % auf 256,3 Mio. EUR. Die über unseren Erwartungen liegende positive Entwicklung wurde durch eine Stabilisierung der Margen im Kundengeschäft und eine Verbesserung des Strukturbeitrages begünstigt. Der Strukturbeitrag (Zinsüberschuss unabhängig von Kundengeschäften) hat sich aufgrund der Ergebnisse aus der Anlage der Eigenbestände sowie eines für die Fristentransformation günstigen Zinsniveaus verbessert.

Der **Provisionsüberschuss** stieg im Berichtsjahr um 5,2 % auf 66,8 Mio. EUR. Dies ist insbesondere die Folge höherer Einnahmen aus dem Vertrieb von Verbundprodukten und eines Anstiegs der Provisionserträge im Giroverkehr. Das **Dienstleistungsgeschäft** zeigte auch im Jahr 2010 eine zweigeteilte Entwicklung. Während im Vermittlungsgeschäft bei Versicherungen, Bausparverträgen und Immobilien ein sehr erfreuliches Ergebnis erzielt werden konnte, wurden im Wertpapierkommissionsgeschäft die geplanten Erträge nicht ganz erreicht.

Im Wertpapierkommissionsgeschäft beläuft sich der Umsatz im Jahr 2010 auf rd.1,3 Mrd. EUR (2009: 1,5 Mrd. EUR). Durch

die als Folge der Finanzmarktkrise weiterhin verhaltene Kundennachfrage sind die Erträge entgegen unseren Erwartungen leicht gesunken.

Die **Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen** verminderten sich deutlich um 4,6 % auf 199,8 Mio EUR. Unter Berücksichtigung eines geänderten Ausweises der Pensionsverpflichtungen (sonstige Aufwendungen) hat sich der laufende **Personalaufwand** über unsere Erwartungen hinaus um -5,9 % vermindert. Dies resultierte aus den geringeren Aufwendungen für die Altersvorsorge und dem geplanten Personalabbau in den Stabs- und Marktfolgebereichen im Rahmen eines Sozialplans. Im Gegensatz zu den beiden letzten Jahren ergaben sich keine Reduzierungen bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Pensionsansprüche, die vor dem 1. Januar 1987 erworben wurden. Der **Sachaufwand** verminderte sich um -1,8 %. Dieser über unseren Erwartungen liegende Rückgang ist im Wesentlichen auf – gegenüber dem Vorjahr – erneut geringere Aufwendungen für die weitere Umsetzung des Strategieprozesses „Naspa 2011“ sowie eine gezielte Aufwandssteuerung zurückzuführen.

Die **Abschreibungen auf Sachanlagen** reduzierten sich planmäßig um 6,9 % auf 12,7 Mio. EUR.

Die Veränderung bei den **Salden aus sonstigen Erträgen und sonstigen Aufwendungen** resultiert im Wesentlichen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen (29,3 Mio. EUR) nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG).

Die **Cost-Income-Ratio** hat sich von 68,3 % auf 66,9 % verbessert. Für das im Jahresdurchschnitt zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital errechnet sich auf Basis des Vorsteuerergebnisses vor Veränderung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB für das abgelaufene Jahr eine Eigenkapitalverzinsung von 8,6 % (2009: 7,8 %).

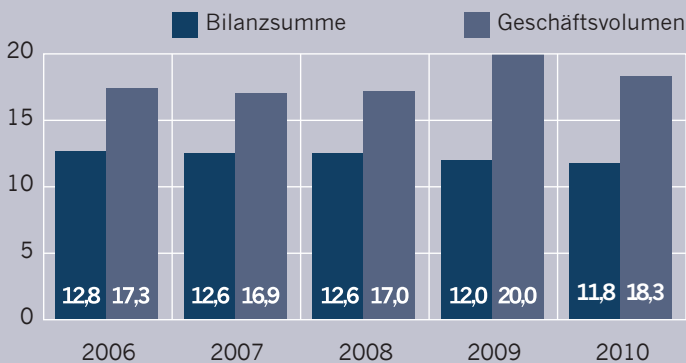
Entgegen unseren Planungen verminderte sich vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft deutlich. Die Risikovorsorgeaufwendungen im Kundenkreditgeschäft verringerten sich gegenüber dem Vorjahr absolut um 13,8 Mio. EUR (-31,6 %) auf 29,9 Mio. EUR und lagen deutlich unter dem Planwert. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo negativ. Positive Auswirkungen auf die Ertragslage hatte im Berichtsjahr auch der Saldo aus der Bewertung von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden, in Höhe von rd. 1,4 Mio. EUR (Vorjahr: Belastung in Höhe von rd. 7,2 Mio. EUR).

Insgesamt tragen die Bewertungen im Wertpapier- und Kreditgeschäft allen erkennbaren Risiken ausreichend Rechnung. Die Aufwendungen und Erträge aus dem Bewertungsergebnis wurden gemäß § 340f Abs. 3 HGB, § 340c Abs. 2 HGB und § 33 RechKredV saldiert.

Nach Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB und nach Berücksichtigung des BilMoG-induzierten außerordentlichen Ergebnisses steht der verbleibende Bilanzgewinn zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

## Finanz- und Vermögenslage

### Entwicklung der Bilanzsumme und des Geschäftsvolumens der Naspa (Mrd. EUR)



Die Bilanzsumme verminderte sich im Berichtsjahr um rd. 0,2 Mrd. EUR = 1,5 % auf 11,8 Mrd. EUR. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme, Bürgschaften und Derivate mit ihren Nominalbeträgen) sank um 1,7 Mrd. EUR oder 8,5 % auf 18,3 Mrd. EUR.

### Entwicklung einzelner Positionen der Aktiva

	2006	2007	2008	2009	2010
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	1.852	2.612	2.405	1.808	<b>1.998</b>
Forderungen an Kunden	7.692	7.449	7.910	8.100	<b>7.900</b>
Wertpapiere	2.433	1.702	1.537	1.512	<b>1.305</b>
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	398	439	422	167	<b>163</b>
Übrige Aktiva	377	363	341	394	<b>441</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.752</b>	<b>12.565</b>	<b>12.615</b>	<b>11.981</b>	<b>11.807</b>

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. EUR (10,5 %) erhöht. Der Bestandszugang ist überwiegend die Folge der Anlage von Liquiditätsüberhängen. Das Kundenkreditgeschäft insgesamt hat sich im Jahr 2010 um 0,2 Mrd. EUR (-2,5 %) vermindert. In der Planung für das Jahr 2010 hatten wir mit einem leichten Wachstum gerechnet. Während sich die Bestände in dem Geschäftsfeld Privatkunden erhöhten, kam es in dem Geschäftsfeld Firmenkunden und bei der Kreditvergabe an institutionelle Anleger und Kommunen zu Bestandsreduk-

tionen. Insgesamt konnte durch diese Entwicklung eine Verbesserung des Risikoprofils im Vergleich zum Vorjahr erreicht werden. Die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verminderten sich um rd. 0,2 Mrd. EUR bzw. 13,7 %. Entsprechend unserer Planung haben wir fällige Papiere teilweise nicht ersetzt.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen blieben nahezu unverändert.

### Entwicklung einzelner Positionen der Passiva

	2006	2007	2008	2009	2010
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.662	3.176	2.988	2.751	<b>2.659</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.876	7.208	7.480	7.183	<b>7.150</b>
Verbriefte Verbindlichkeiten	643	642	645	658	<b>614</b>
Eigene Mittel	850	824	783	767	<b>809</b>
Übrige Passivbestände	721	715	719	622	<b>575</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.752</b>	<b>12.565</b>	<b>12.615</b>	<b>11.981</b>	<b>11.807</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um rd. 0,1 Mrd. EUR (-3,3 %). Dies resultierte überwiegend aus dem Abbau von fälligen Refinanzierungsmitteln, die aus Liquiditätsgründen nicht mehr benötigt wurden.

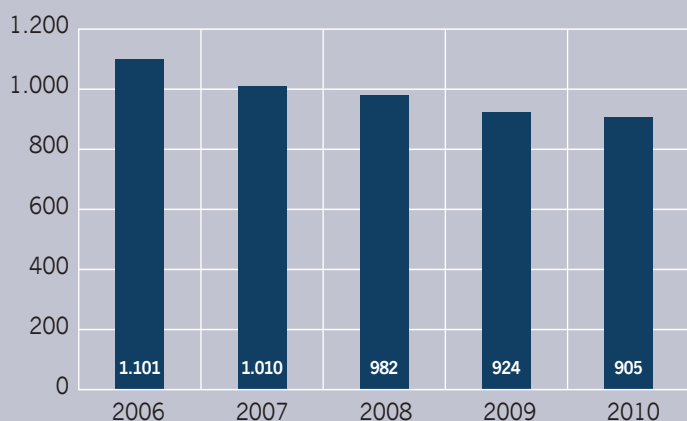
Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verminderten sich – entgegen unseren Erwartungen – geringfügig um 0,5 %. Die rückläufige Entwicklung ist insbesondere unserer unveränderten Geschäftsstrategie geschuldet, kein Wachstum über Konditionen zu generieren. Während sich die Bestände der Spareinlagen um rd. 0,1 Mrd. EUR

erhöhten, war bei den befristeten Einlagen per Saldo ein Rückgang zu verzeichnen. Dabei hielt aufgrund des geringen Zinsniveaus die Entwicklung hin zu den kurzfristigen Anlagen weiter an. In den Segmenten Privatkunden und Firmenkunden konnten die Bestände erhöht werden, während es insbesondere im Bereich der Eigen-geschäfte per saldo zu Rückgängen kam.

Die Entwicklung der Liquidität der Naspa ist im Risikobericht (Liquiditätsrisiken, Seite 24 ff.) dargestellt.

## Eigenkapitalausstattung

### Eigenmittel gemäß Solvabilitätsverordnung (in Mio. EUR)



Die **Sicherheitsrücklage** der Naspa beläuft sich auf 534,3 Mio. EUR. Die Eigenmittel gemäß § 10 KWG i. V. m. § 2 SolvV betragen zum Bilanzstichtag rd. 905 Mio. EUR, und setzen sich wie folgt zusammen: Sicherheitsrücklage, Stammkapital, stille Einlagen, Rücklagen gemäß § 340g HGB und Ergänzungskapital, das aus den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, dem Genussrechtskapital sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten besteht. Der Rückgang der Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Fälligkeiten im Bereich des Ergänzungskapitals. Insgesamt beläuft sich die Kernkapitalquote auf 9,5 % und die Gesamtkennziffer auf 12,5 %. Die Anforderungen der Solvabilitätsverordnung sind erfüllt.

Aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ergaben sich aus der betrieblichen Altersversorgung weitere Belastungen (109,2 Mio. EUR), die wir durch Nutzung des gesetzlichen Wahlrechts nach Artikel 67 EGHGB entsprechend berücksichtigen (2010: 7,3 Mio. EUR Zuführung zur Pensionsrückstellung). Daneben bestehen noch bereits reduzierte Verpflichtungen in Höhe von 21,9 Mio. EUR in Ausübung des Wahlrechts nach Artikel 28 EGHGB.

## Gesamtbeurteilung

In allen Kundengeschäftsfeldern hat die Wettbewerbsintensität auch 2010 weiter zugenommen. Bei den Kundenbeständen konnte wie im Vorjahr eine weitere Stabilisierung der Margen erreicht werden. Höhere Erträge aus dem Strukturbeitrag der Eigengeschäfte führten zu einer Verbesserung des Zinsüberschusses. Aufgrund gesteigerter Dienstleistungsumsätze konnte das Provisionsergebnis des Vorjahres trotz weiter spürbarer Auswirkungen der Finanzmarktkrise übertroffen werden. Die Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen auf Sachanlagen verminderten sich insbesondere als Folge der eingeleiteten Maßnahmen zur Aufwandsbegrenzung um rd. 10 Mio. EUR (-4,6 %). Das erzielte Betriebsergebnis liegt im Rahmen unserer Erwartungen. Die Cost-Income-Ratio sank auf 66,9 %. Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sich die Vorsorge für Einzelkreditrisiken im Kundenkreditgeschäft stark vermindert. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war per saldo insgesamt negativ. Im Bewertungsergebnis insgesamt führten die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Zuführungen zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB zu einem Anstieg. Das Betriebsergebnis nach Bewertung hat sich dadurch um 14,2 Mio. EUR auf 19,9 Mio. EUR vermindert. Insgesamt beurteilen wir die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse als geordnet.



## Nachtragsbericht

Neben werterhellenden für den Jahresabschluss 2010 zu berücksichtigenden Sachverhalten sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2010 keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Naspa im Geschäftsjahr 2010 haben.

## Risikobericht

### Grundlagen des Risikomanagements

Zum Bankgeschäft gehört zu einem wesentlichen Teil das Eingehen von Risiken. Dies geschieht nach den geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Naspa.

Die auf § 25a Kreditwesengesetz (KWG) basierenden Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umfassen die Festlegung geeigneter Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken, die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation und die Implementierung angemessener interner Kontrollverfahren. Letztere besteht aus Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation und Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken (Risikosteuerungs- und -controllingprozesse).

Die gesetzlichen sowie aufsichts- und sparkassenrechtlichen Bestimmungen stellen die Rahmenbedingungen für das Risikomanagement dar. Daneben haben wir risikostrategische Grundsätze festgelegt.

### Ziel des Risikomanagements

Zu jeder Zeit ist sicherzustellen, dass die Risikotragfähigkeit der Naspa gegeben ist. Das Risikomanagement orientiert sich am Ziel eines geordneten Unternehmensfortbestands („Going Concern“). Risiken werden bewusst und kalkuliert eingegangen, um Chancen zu nutzen. Die Steuerung der Naspa erfolgt im Rahmen eines ökonomischen Steuerungskreises, eines GuV-orientierten Steuerungskreises und eines aufsichtsrechtlichen Steuerungskreises. Ziel ist die primäre Steuerung nach ökonomischen Größen, wobei das Aufsichtsrecht und die GuV-Steuerung Nebenbedingungen vorgeben, die streng einzuhalten sind.

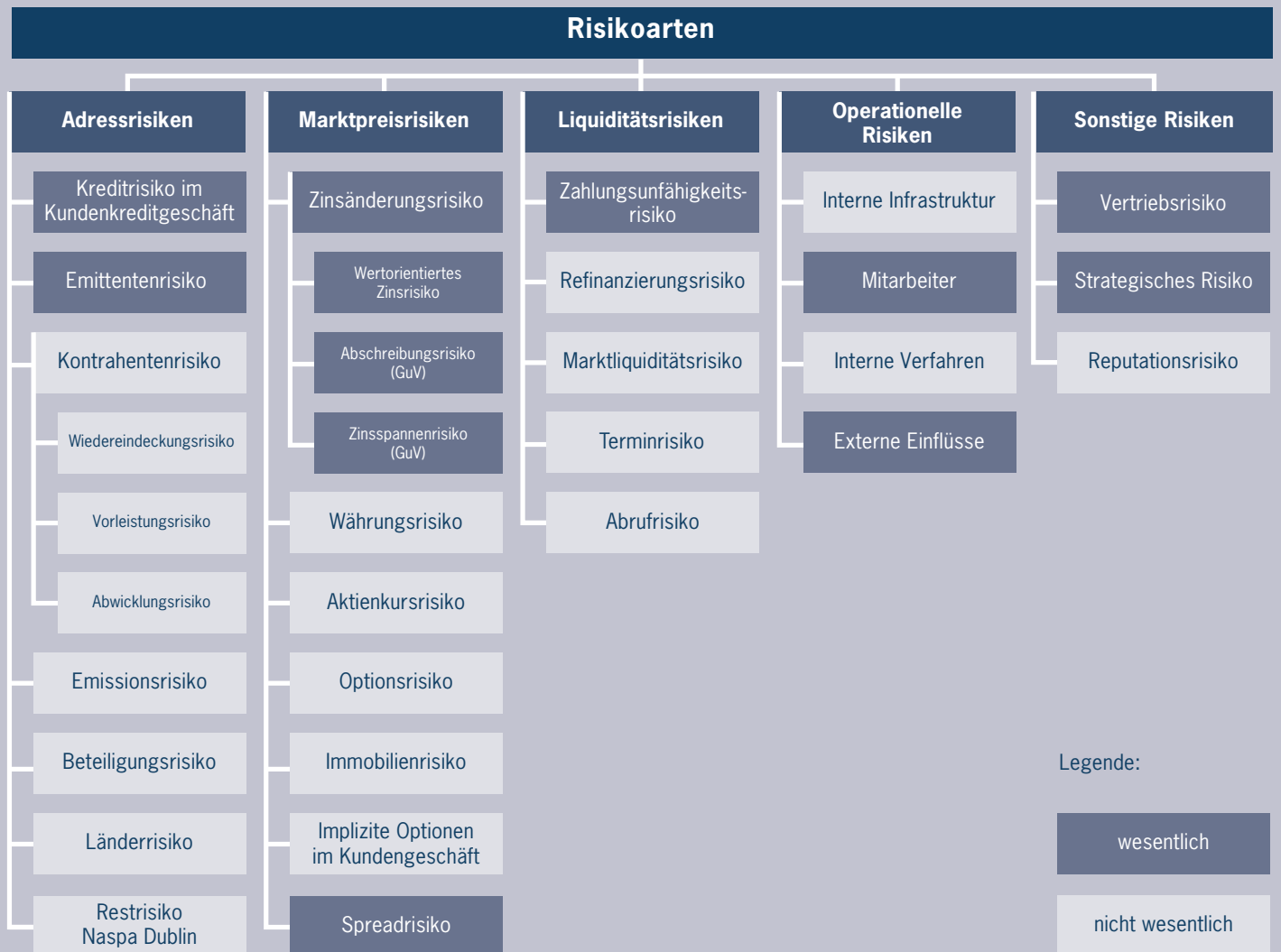
Im GuV-Steuerungskreis stehen als Risikodeckungspotenzial neben dem geplanten Ergebnis die Reserven gemäß § 340f HGB sowie die nicht zur Unterlegung der Risikoaktiva benötigten Teile des Kernkapitals zur Verfügung. Für die ökonomische Steuerung ist die Allokation des ökonomischen Kapitals anhand von wertorientierten Steuerungsgrundsätzen unter Berücksichtigung auch der

überwiegend nicht kurzfristig steuerbaren Risiken im Kundenkreditgeschäft, den Beteiligungen und den Operationellen Risiken der Ausgangspunkt. Das darauf basierende Gesamtbanklimitsystem ist ein zentrales Instrument zur Umsetzung der risikostrategischen Ausrichtung der Gesamtbank.

**Risikoverständnis**

Unter dem Begriff „Risiko“ verstehen wir eine Verlust- oder Schadensgefahr, die dadurch entsteht, dass eine erwartete zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant. In jedem Fall ist damit ein Ertragsverlust bzw. eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Vermögens wird grundsätzlich nicht als Risiko angesehen („enger Risikobegriff“).

Entsprechend den Anforderungen der MaRisk (AT 2.2) haben wir für unsere Sparkasse die folgenden wesentlichen Risiken identifiziert.



Diese als wesentlich definierten Risiken finden im Risikomanagement der Naspa grundsätzlich Berücksichtigung. Auch für die nicht als wesentlich definierten Risiken verfügen wir über angemessene Steuerungsinstrumente.

Der Begriff des **Adressrisikos** ist im Sinne eines Bonitätsrisikos zu verstehen, d. h., es wird das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung mit dem Spezialfall des Ausfalls des Vertragspartners betrachtet. Die Unterteilung des Adressrisikos erfolgt nach den betroffenen Produktgruppen, wobei Krediten das klassische Kreditrisiko, Derivaten das Kontrahentenrisiko und Wertpapieren das Emittentenrisiko zugeordnet wird. Zusätzlich umfasst das Adressrisiko auch Länder- und Beteiligungsrisiken.

Das **Marktpreisrisiko** bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertänderungen der Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze (Zinsänderungsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der Aktienkurse, Indizes und Fondspreise (Aktienkursrisiko), der Optionspreise (Optionsrisiko), der Immobilienpreise (Immobilienrisiko), aus den Risiken impliziter Optionen im Kundengeschäft sowie den Risiken aus Ergebnisschwankungen aufgrund der sonstigen Einflussfaktoren (Spreadrisiken) entstehen können.

Unter dem **Liquiditätsrisiko** wird in der Nassauischen Sparkasse die Gefahr verstanden, dass das Kreditinstitut zahlungsunfähig (illiquide) wird bzw. seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Liquiditätsrisiken ergeben sich aufgrund mangelnder Synchronitäten zwischen Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen, die vor allem durch die Fristentransformation sowie durch Unsicherheiten bei den erwarteten Zahlungsströmen begründet sind

Das **Operationelle Risiko** stellt die Gefahr von Verlusten dar, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens der internen Infrastruktur, von Mitarbeitern, von internen Verfahren oder infolge externer Einflüsse eintreten. Darüber hinaus deckt diese Definition Rechtsrisiken ab; Strategische Risiken sowie Reputationsrisiken sind nicht enthalten.

Alle Risiken, die sich den Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken, Adressrisiken sowie den Operationellen Risiken nicht bzw. nicht eindeutig zuordnen lassen, stellen so genannte **Sonstige Risiken** dar. Dazu gehören insbesondere Strategische Risiken, Vertriebs-

risiken sowie Reputationsrisiken. Vertriebsrisiken und Strategische Risiken werden als wesentlich angesehen.

**Vertriebsrisiken** bezeichnen die Gefahr, dass Produkte und Dienstleistungen nicht oder nicht mehr zu den erwarteten Preisen abgesetzt bzw. nachgefragt werden. **Strategische Risiken** bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

### Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen definieren sich in der Naspa als die Häufung von Risiken aufgrund der Portfoliozusammensetzung (z. B. Branchen, Größenklassenstrukturen, Vermögensallokation, Erfolgsquellen), die aus Veränderungen desselben Risikofaktors oder korrelierender Risikofaktoren resultieren und einen maßgeblichen negativen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit der Naspa haben. In Abhängigkeit von den Risikofaktoren können sich hierbei Risikokonzentrationen auf eine einzelne Risikoart beschränken (Intra-Risikokonzentrationen) oder auf unterschiedliche Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen) erstrecken.

Gemäß der Risikostrategie sind Risikokonzentrationen grundsätzlich durch eine entsprechende Diversifikation (z. B. Regionen, Branchen) zu vermeiden. Trotzdem ergeben sich teilweise aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkasse Risikokonzentrationen, über deren Akzeptanz, Transfer oder Reduktion eine Entscheidung herbeigeführt wird.

Um einen Überblick zu erhalten, werden im Rahmen einer Risikoinventur die Risikokonzentrationen identifiziert, die als spezielle Ausprägung auch Ertragskonzentrationen umfassen.

Im Jahr 2010 hat sich die Naspa im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit Risikokonzentrationen befasst, die sich auf die einzelnen Risikoarten beziehen.

Im Adressrisiko ist u. a. ein volumenbasiertes Monitoring von Risikokonzentrationen eingerichtet, das die Diversifikation der Adressrisiken in verschiedenen Strukturdimensionen (Branchen, Länder, Ratingklassen, Größenklassen) darstellt. Zusätzlich ist ein Obergrenzensystem zur Vermeidung von Risikokonzentrationen eingerichtet. Mit den Kreditrisikomodellen Credit Portfolio View (CPV) in der Version des DSGVO für Kundenkreditgeschäfte und Credit Metrics (GCPM)

für Handelsgeschäfte werden mögliche Risikokonzentrationen bei der Risikoquantifizierung berücksichtigt.

Im Marktpreisrisiko, hier speziell im Zinsänderungsrisiko, werden Konzentrationen explizit im Rahmen einer historischen Simulation berücksichtigt. Außerdem werden Handelsgeschäfte kontingentiert und Obergrenzen zur Vermeidung von Risikokonzentrationen festgelegt.

Im Liquiditätsrisiko erfolgt eine qualitative und quantitative Bewertung anhand des Gini-Koeffizienten und des Herfindahl-Hirschman-Indizes.

Im Operationellen Risiko wird eine ex-ante und ex-post Identifikation von Schadenshäufungen durchgeführt. Zusätzlich werden Risikokonzentrationen bei der Risikoquantifizierung mit dem AMA-Tool berücksichtigt.

Für Ertragskonzentrationen werden die unterschiedlichen Ergebnis-komponenten betrachtet und hinsichtlich der Konzentrationen untersucht. Der Zinskonditionenbeitrag aus dem Kundengeschäft stellt dabei die wesentlichste Ergebnis-Einzelkomponente dar. Da sich dieser Ertrag jedoch aus vielen hochgranularen Einzelgeschäften zusammensetzt, sind weder dort noch in den übrigen Ergebniskomponenten Ertragskonzentrationen festzustellen.

Im jeweiligen Risikomanagementprozess der einzelnen Risikoarten werden die Entwicklungen der Risikokonzentrationen und die Einhaltung von Steuerungsmaßnahmen überwacht.

### **Risikotragfähigkeit**

Unter dem Begriff der Risikotragfähigkeit verstehen wir eine angemessene Ausstattung mit Risikodeckungspotenzial im Verhältnis zu den vorhandenen Risiken. Dadurch stellen wir sicher, dass die Risiken jederzeit auf ein für die Naspa als vertretbar eingeschätztes Maß begrenzt sind. Ziel ist es, die Risikotragfähigkeit nachhaltig sicherzustellen. Dies wird dann erreicht, wenn das vorhandene Risikodeckungspotenzial zu jedem Zeitpunkt mit angemessener Wahrscheinlichkeit größer ist als die eingegangenen Risiken. Wir haben die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit mithilfe eines gesamtbankweiten Limitsystems in unser internes Risikomanagement integriert. Alle wesentlichen Risiken werden im Steuerungskonzept berücksichtigt.

Insgesamt wird zwischen drei verschiedenen Perspektiven unterschieden: dem ökonomischen Steuerungskreis, dem GuV-orientierten Steuerungskreis und dem aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis. Darüber hinaus wird die Risikosituation auch von Seiten des Verbundes im Rahmen des Risikomonitorings des DSGVO und des SGVHT beurteilt.

### **Stresstests**

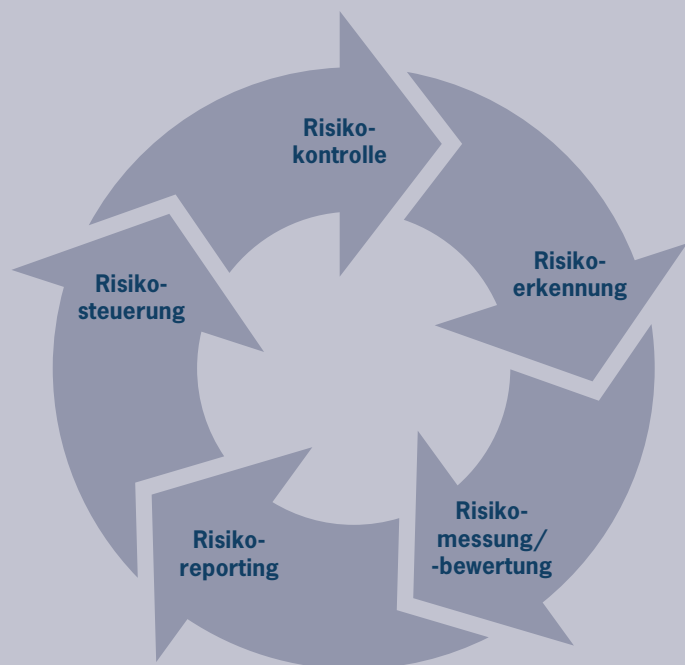
Die Nassauische Sparkasse führt vierteljährlich oder anlassbezogen Stresstests durch. Hierbei wird die Verlustanfälligkeit der Naspa bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse geprüft. Kritische Geschäftsentwicklungen können somit früher identifiziert werden und es wird die Sichtweise auf die Risikotragfähigkeit der Naspa im Sinne einer kritischen Reflexion ergänzt.

Die Stresstests werden auf Basis identifizierter Risiko- und Werttreiber der Naspa entwickelt und bei Bedarf an neue Situationen in der Umwelt angepasst. Sie umfassen Sensitivitätsanalysen und Szenarioanalysen sowie historische und hypothetische Szenarien. Im Jahr 2010 hat die Naspa sieben verschiedene Stresstests (z. B. Globale Rezession, Finanzmarktschock, Zinsschock, Liquiditätskrise) durchgeführt. Im Ergebnis ist in allen durchgeführten Stresstests das Risikodeckungspotenzial größer als die Risiken, d. h., die Risikotragfähigkeit ist gegeben.

### **Risikomanagementprozess**

Der Risikomanagementprozess der Naspa baut auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Die angewandten Methoden und Instrumente umfassen damit alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und werden fortlaufend nach betriebswirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Kriterien weiterentwickelt.

Als dauerhafter, kontinuierlicher Prozess kann der Risikomanagementprozess in Form des folgenden Regelkreises dargestellt werden.



Effektives Risikomanagement, d. h. die rechtzeitige, angemessene und effiziente Reaktion auf unerwünschte Entwicklungen bzw. deren Vermeidung, erfordert detaillierte Kenntnisse der Risiken aller Geschäftsaktivitäten. Ziel der **Risikoerkennung** ist somit die strukturierte Erfassung der wesentlichen Risiken und Risikobereiche. Besonders vor der Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Produktvarianten oder auf neuen Märkten sind eine umfassende Risikoidentifikation und eine angemessene Einbindung in die Systeme erforderlich.

Bei der **Risikomessung und -bewertung** werden die konkreten Verlust- bzw. Vermögensminderungspotenziale entsprechend den risikospezifischen Quantifizierungsverfahren ermittelt und mit den festgelegten Limiten abgeglichen.

Das **Risikoreporting** verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung und Verdichtung der Daten aus der Risikomessung in Form eines systematischen internen Risikoreportings. Ein zentrales Element sind dabei die Risikoberichte, die den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risikosituation informieren.

Im Rahmen der **Risikosteuerung** werden für die identifizierten und bewerteten Risikopositionen entsprechende Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Risiken können dazu grundsätzlich akzeptiert, verringert,

begrenzt, vermieden oder übertragen werden. Dabei ist die Steuerung der Geschäftsaktivitäten unter Berücksichtigung ihrer Risiko-Ertragsrelation von elementarer Bedeutung.

Im Rahmen der prozessabhängigen **Risikokontrolle** werden die durchgeführten Steuerungsmaßnahmen mittels Abweichungsanalyse hinsichtlich ihrer Effizienz und Effektivität überprüft und ggf. erneute Handlungen im Risikomanagementprozess veranlasst.

### Risikomanagementorganisation

Der **Gesamtvorstand** ist für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation und ihre Weiterentwicklung verantwortlich. Diese Verantwortung bezieht sich auch auf ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Sie umfasst die Festlegung angemessener Strategien und die Einrichtung angemessener Kontrollverfahren und somit die Verantwortung für alle wesentlichen Elemente des Risikomanagementprozesses. Da der Gesamtvorstand diese Aufgabe jedoch nicht in vollem Umfang selbst wahrnehmen kann, hat er durch Zielvorgaben und Aufgabendelegation sicherzustellen, dass ein adäquates Risikomanagement im Unternehmen besteht. Bei der Naspa ist das Risikomanagement so gestaltet, dass die erforderlichen Funktionstrennungen zwischen Risikosteuerung und Risikocontrolling bis hin zur Vorstandsebene auch für den Vertretungsfall in der jeweils vom Vorstand verabschiedeten Geschäftsverteilung gewährleistet sind.

Der **Verwaltungsrat** oder seine gemäß Geschäftsordnung gebildeten Ausschüsse werden mindestens vierteljährlich oder bei wesentlichen Ereignissen schriftlich über die Risikosituation informiert. Darüber hinaus werden die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie die Teilrisikostrategien dem Verwaltungsrat zur Kenntnis gegeben und mit diesem erörtert.

Die **Risikosteuerung** hat die Aufgabe, die im Rahmen der Risikoerkennung und Risikoanalyse ermittelten Risiken durch entsprechende Maßnahmen aktiv zu beeinflussen. Die adäquate Steuerung setzt voraus, dass der Verantwortliche kontinuierlich über die Risikosituation informiert ist und die eingeleiteten Risikomaßnahmen kommuniziert. Über die erforderlichen Maßnahmen wird individuell entschieden. Die Verantwortlichkeit für alle operativen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Risikosteuerung obliegt bei der Naspa den jeweiligen geschäftsfeldverantwortlichen Fachbereichen.

Das **Risikocontrolling** ist als Bestandteil des Risikomanagementprozesses die zwingende Voraussetzung für eine sachgerechte Analyse und Beurteilung von Risiken. Das Risikocontrolling verfolgt das Ziel, die Risiken zu überwachen sowie die Planung zielorientiert an veränderte Bedingungen anzupassen. Der Zentralbereich Gesamtbanksteuerung ist bei der Naspa für das Risikocontrolling zuständig. Ihm obliegt die Methodenkompetenz zur Ausgestaltung der einzusetzenden Verfahren für die Erkennung, die Messung und Beurteilung, das Reporting, die Steuerung und die Kontrolle der Risiken.

Die **Interne Revision** ist ein von den zu prüfenden Organisationseinheiten und Prozessen unabhängiges Instrument des Vorstands, ihm unmittelbar unterstellt und berichtspflichtig. Sie überwacht risikoorientiert als unabhängiger unternehmensinterner Bereich die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Basis für die Tätigkeit der Internen Revision sind die geschäftspolitischen Grundsätze, Ziele und Strategien des Vorstands. Sie nimmt ihre Aufgaben selbständig und unabhängig wahr. Grundlage der Prüfungshandlungen durch die Interne Revision sind die MaRisk sowie die Geschäftsanweisung für die Interne Revision. Sie prüft und beurteilt insbesondere die Angemessenheit und Wirksamkeit der Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollaktivitäten, die der Erfüllung der Anforderungen an das Risikomanagement nach § 25a KWG dienen. Darüber hinaus prüft und beurteilt sie die vollständige und zweckmäßige Umsetzung der durch den Vorstand verabschiedeten Strategien und Zielsetzungen sowie die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems.

## Die Risikoarten im Einzelnen

### Adressrisiken

Die wesentlichen Ziele des Adressrisikomanagements sind in der Teilrisikostategie Adressrisiken festgelegt. Ein Hauptziel ist die sukzessive Verbesserung der Risiko-/Ertragsrelation im Rahmen einer konservativen Kreditpolitik.

Abhängig von Kundenbonität und Besicherung hat sich die Naspa engagementbezogene Obergrenzen auferlegt. Daneben sind Obergrenzen für den Handelsbereich festgelegt. Überschreitungen der Obergrenzen werden überwacht.

Die Kreditbewilligungskompetenzen sind neben einer größen- und sicherheitenabhängigen Kompetenzstufe so ausgerichtet, dass ab einem bestimmten Rating der nächsthöhere Kompetenzträger über das Engagement entscheidet.

Zur Risikoklassifizierung des Kundenkreditgeschäftes setzen wir grundsätzlich die von der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH für die S-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Dabei handelt es sich um mathematisch-statistische Beschreibungsmodelle, die ausfallrelevante Merkmalsausprägungen eines Kreditnehmers in eine Bonitätsaussage (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit) transformieren.

Am 31. Dezember 2010 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen und erstmaliger Berücksichtigung der Kreditkartenlimite) in Höhe von rd. 10,2 Mrd. EUR (2009: 9,8 Mrd. EUR) folgende Struktur:

Rating- klassen	1-9	10-12	13-15	16-18	ohne Rating
Definition	kein erkennbares oder geringes Bonitätsrisiko	erhöhtes Bonitätsrisiko, aber akzeptabel	stark problem-behaftete Engagements	unwahrscheinliche Rückzahlung, 90 Tage Verzug, Risikovorsorge gebildet, Vergleich, Insolvenz	es liegt kein internes Ratingverfahren vor (z. B. bei Forderungen an Kommunen)
Ausfallwahrscheinlichkeit in %	0,01-2,00	3,00-6,70	10,00-20,00		
<b>Anteil am Kundenkreditvolumen in %</b>	<b>84,1</b>	<b>7,0</b>	<b>2,9</b>	<b>4,1</b>	<b>1,9</b>
Zum Vergleich: 31.12.09	81,3	8,0	4,0	4,7	2,0

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Einzelkundenebene wird auf Basis unterschiedlicher Risikokriterien ein Frühwarnverfahren eingesetzt. Für die dort ermittelten erhöht risikobehafteten Engagements werden individuelle Maßnahmen zur Verringerung des Risikos eingeleitet und zentral überwacht.

Prognosen zur Einzelrisikovorsorge für akute Ausfallrisiken werden monatlich erstellt. Stark problembehaftete Engagements werden ab einer bestimmten Größenordnung im Zentralbereich „Kreditmanagement“ betreut.

Zur Steuerung der ökonomischen Kreditrisiken im Kundenkreditgeschäft auf Portfolioebene haben wir Credit Portfolio View (CPV) im Einsatz. Anhand dieses Modells sind wir in der Lage, sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft zu errechnen. Für den GuV-Steuerungskreis wird ein Pauschalbetrag als Risikowert festgelegt, welcher auf historischen Bewertungsergebnissen basiert und regelmäßig plausibilisiert wird.

Die Risikoabschirmung im risikobehafteten Kundenkreditgeschäft der Naspa umfasst Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen von 199,1 Mio. EUR = 2,4 % (Vorjahr: 206,3 Mio. EUR = 2,4 %) des Kundenkreditvolumens. Hiervon entfielen rund zwei Drittel auf Firmenkunden und rund ein Drittel auf Privatkunden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge im Firmenkundenbereich verringerten sich um rd. 32 %. Im Privatkundenbereich kam es im Berichtsjahr zu einer Reduzierung um rd. 28 %. Den erkennbaren Risiken wird ausreichend Rechnung getragen.

Die Adressrisiken im Handelsgeschäft werden u. a. auf Basis externer Ratings gesteuert und auf Portfolioebene überwacht. Für die Portfolioüberwachung wird ein CreditMetrics-Ansatz mithilfe der DV-Anwendung GCPM verwendet. Nach unseren internen Regelungen werden grundsätzlich nur Anlagen im Investment-Grade-Bereich getätigt.

Die Länderrisiken werden nach einem Länderrating gesteuert, das auf den Ratingsystemen von Moody's und Standard & Poor's basiert. Die Naspa tätigt grundsätzlich nur Geschäfte mit Kontrahenten bzw. Emittenten mit Sitz in einem Land, das mit mindestens A- beurteilt wurde. Geschäfte mit Partnern aus Ländern, die ein schlechteres Länderrating haben, sind grundsätzlich nicht zulässig. Aufgrund der gestiegenen Risikoprämien für die Finanzierung verschiedener Eurostaaten wurden in 2010 die Länderrisiken stärker überwacht. Es bestehen keine Kreditlinien für die sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien). Es bestehen Forderungen in Höhe von 246,5 Mio. EUR (davon 237,1 Mio. EUR Wertpapiere; 9,4 Mio. EUR Kundenkredite einschließlich Kreditzusagen) an Kreditnehmer mit Sitz in den betreffenden Ländern. Der größte Anteil (73,1 %) entfällt hierbei auf Kreditnehmer mit Sitz in Irland. Auf die Kreditnehmer in Spanien entfallen 18,6 %, in Italien 8,2 % und in Griechenland und Portugal beträgt der Anteil zusammen 0,1 %.

## Marktpreisrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Marktpreisrisiken sind in der Teilrisikostrategie Marktpreisrisiken festgelegt.

Zur **Messung** von Marktpreisrisiken setzen wir verschiedene Risikomessverfahren ein. Die Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden grundsätzlich mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation ermittelt. Zur Ermittlung der Marktpreisrisiken bei den Handelsgeschäften wird ein Value-at-Risk-Ansatz angewandt, der auf einer einheitlichen Haltedauer von zehn Tagen und einem einseitigen Konfidenzintervall von 95 % in allen Handelsbereichen basiert. Zum 31. Dezember 2010 ermitteln sich auf dieser Grundlage Marktpreisrisiken von 13,1 Mio. EUR nach 12,7 Mio. EUR im Vorjahr (darunter Handelsbuch 59 TEUR; Vorjahr: 17 TEUR). Bei der Ermittlung der Risikowerte haben wir berücksichtigt, dass bei den Wertpapieren des Anlagevermögens Niederstwertabschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen werden.

Die Quantifizierung von Spreadrisiken erfolgt auf Basis eines analytischen Verfahrens mithilfe der DV-Anwendung GCPM, die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungskreisen entsprechend berücksichtigt.

## Zinsänderungsrisiken

Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken erfolgt für die wertorientierte Sicht mithilfe des Verfahrens der historischen Simulation und für die periodische Sicht mithilfe von Szenarioanalysen. Für die wertorientierte Zinsbuchsteuerung verfolgen wir dabei für das gesamte zinstragende Geschäft – das auch die zur Steuerung der Festzinspositionen und zur Sicherung der Zinsmarge abgeschlossenen Payer- und Receiverswaps beinhaltet – einen passiven Managementansatz. Dazu haben wir eine effiziente Benchmark festgelegt, deren Cashflowstruktur und Risiko als Vorbild für die Modellierung des Gesamtbankcashflows dient.

Das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko (Zinsspannenrisiko) wird für die Naspa auf Basis einer vollständigen Simulation, d. h. einer Kombination aus Zinsszenarien und Geschäftsstrukturszenarien, im monatlichen Rhythmus analytisch ermittelt. Zum 31. Dezember 2010 betrug das so ermittelte Zinsspannenrisiko auf Sicht von zwölf Monaten im 95 % Konfidenzintervall 14,0 Mio. EUR (Ende 2009: 20,9 Mio. EUR).

Die relative Barwertänderung im Verhältnis zu den haftenden Eigenmitteln beträgt per 31. Dezember 2010 unverändert zum Vorjahr –14,6 % bei einer Zinsänderung von +130 Basispunkten und +23,9 % bei einer Zinsänderung von –190 Basispunkten (§ 25a Abs. 1 Satz 7 KWG).

Die **Steuerung der Risiken** aus dem Zinsbuch erfolgt primär unter wertorientierten Gesichtspunkten auf Basis eines aus der Benchmark abgeleiteten Risikolimits. Zur operativen Steuerung bzw. Begrenzung der Risiken aus Handelsgeschäften dient aktuell ein System von Verlustobergrenzen und Volumensbegrenzungen (Kontingenten). Daneben ist für alle Marktpreisrisiken innerhalb des ökonomischen Steuerungskreises ein Gesamtbanklimit abgeleitet, dessen Einhaltung regelmäßig überwacht wird.



## Liquiditätsrisiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Liquiditätsrisiken sind in der Teilrisikostategie Liquiditätsrisiken festgelegt. Die Ausgestaltung des Liquiditäts- und Risikomanagements erfolgt in drei Stufen:

Ausgestaltung	tägliche Liquiditätsdisposition	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung	Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz
<b>Ausprägung</b>	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Zahlungsunfähigkeit	Liquiditätsrisiko im Sinne der Verteuerung der Refinanzierung
<b>Zeithorizont</b>	Täglich	1 Monat bis 1 Jahr	Bis 15 Jahre
<b>Risikotoleranz</b>	Keine, d. h., Zahlungsverpflichtungen sind täglich zu erfüllen	Schwellenwerte für Liquiditätskennzahl z. B. grüner Ampelbereich, wenn Liquiditätskennzahl $\geq 1,7$	Limit für barwertige Liquiditätsrisikokosten zur Zeit Limit von 1 Mio. EUR
<b>Einfluss auf die Risikotragfähigkeit</b>	Nein	Nein	Ja
<b>Früherkennung von Liquiditätsrisiken</b>	Ungewöhnliche Zahlungsausgänge und/oder eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten	Liquiditätskennzahl im Zeitvergleich	Möglicher künftiger Liquiditätsbedarf

Primäres Ziel der **täglichen Liquiditätsdisposition** ist es, dass die Naspa die Zahlungsverpflichtungen zu jedem Zeitpunkt erfüllen kann. Weist die tägliche Liquiditätsdisposition eine ungewöhnliche Entwicklung auf (z. B. vermehrte Inanspruchnahme eines Übernachtskredits bei der EZB, Abruf von Kundeneinlagen, Anstieg der Inanspruchnahme von Darlehenszusagen durch Kunden), wird u. a. der Gesamtvorstand im Rahmen eines Ad-hoc-Berichts unverzüglich informiert. Somit ist sichergestellt, dass Störungen frühzeitig erkannt werden und ggf. Gegensteuerungsmaßnahmen getroffen werden (Früherkennungsverfahren).

**Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsverordnung:** Für die **Messung** und **Steuerung** der Liquiditätsrisiken orientiert sich die Naspa u. a. an der Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV). Dafür werden Schwellenwerte und Ziele definiert. Die Schwellenwerte führen zu einer internen Einstufung des Liquiditätsrisikos in einen grünen, gelben oder roten Bereich.

Ziel ist es, dass sich die Liquiditätskennzahl für die Naspa im grünen Bereich befindet. Wird eine Liquiditätskennzahl im gelben oder im roten Bereich ermittelt, müssen die Ursachen analysiert werden, die

zu dem Engpass geführt haben. Im roten Bereich sind unverzüglich Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung einzuleiten und ein Ad-hoc-Risikobericht zu erstellen.

Die Kennziffer, die das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den Zahlungsverpflichtungen in einem Fälligkeitszeitraum von einem Tag bis zu einem Monat angibt, stellte sich bei einer Mindestanforderung von 1,0 zum Quartalsende gemäß der Meldung an die Deutsche Bundesbank wie folgt dar:

Liquiditätskennziffer gemäß Meldung nach LiqV				
31.12.2009	31.03.2010	30.06.2010	30.09.2010	31.12.2010
2,03	1,84	1,74	1,79	2,53

**Liquiditätsbetrachtung auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz:** Grundlage zur Berechnung der barwertigen Liquiditätsrisikokosten ist die Liquiditätsablaufbilanz der Naspa. Auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz wird eine Verteuerung der Refinanzierung über alle Laufzeiten unterstellt und daraus (zusätzliche) barwertige Liquiditätsrisikokosten ermittelt. Das barwertige Liquiditätskostenrisiko stellt die Zusatzkosten dar, die nach Anstieg der Liquiditätsspreads für das Schließen bestehender Refinanzierungslücken entstehen. Die Refinanzierungs-

lücken sind dabei die auf Basis des Bestandsgeschäftes ermittelten kumulierten Netto-Refinanzierungslücken.

Zusätzlich gehen die periodischen Liquiditätsrisikokosten als Risikobehrag in die Berechnung der GuV-Risikotragfähigkeit ein. Das periodische Liquiditätsrisiko ist definiert als die im aktuellen Geschäftsjahr noch entstehenden, GuV-wirksamen Zusatzkosten bei Schließen der bestehenden Refinanzierungslücken zu erhöhten Refinanzierungsspreads.

### Operationelle Risiken

Alle wesentlichen Aussagen zur Steuerung der Operationellen Risiken sind in der Teilrisikostategie Operationelle Risiken festgelegt. Für die **Bewertung** der Operationellen Risiken werden die Daten aus der Schadensfalldatenbank (ex-post-Schäden) sowie die geschätzten Daten aus der Risikolandkarte (ex-ante-Risiken) verglichen. Zusätzlich werden die institutseigenen Daten mit den Daten aus dem Datenpooling des DSGVO verglichen, um ggf. Risikokonzentrationen in bestimmten Geschäftsfeldern zu identifizieren.

Auf Basis der erkannten und bewerteten Risiken erfolgt die **Risiko-steuerung**. Die Verantwortung hierfür liegt grundsätzlich bei den zentralen und dezentralen Organisationseinheiten. Die Risikosteuerung umfasst Maßnahmen zur Akzeptanz, zur Minderung, zum Transfer sowie zur Vermeidung von Operationellen Risiken. Zur Vermeidung Operationeller Risiken hat die Naspa u. a. im Rahmen des internen Kontrollsystems aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen zur technisch-organisatorischen sowie personellen Ausstattung getroffen und Notfallkonzepte erstellt.

Umfang und Qualität der technisch-organisatorischen Ausstattung haben sich an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie der Risikosituation der Naspa zu orientieren. Zunehmend ermöglicht die IT, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten. Dem gegenüber stehen jedoch auch Risiken, wie die Abhängigkeiten von IT-Anwendungen und IT-Infrastrukturen oder Risiken bei Einführung neuer IT-Systeme bzw. bei DV-Restrukturierungsmaßnahmen. Um diese Risiken zu vermeiden, wurde innerhalb der Naspa eine entsprechende IT-Strategie verabschiedet.

Zur Sicherstellung der personellen Ausstattung gelten personalpolitische Grundsätze, die u. a. zum Ziel haben, die quantitative und qualitative Personalausstattung betriebsinternen Erfordernissen, den

verfolgten Geschäftsaktivitäten und der Risikosituation entsprechend auszurichten. Für Mitarbeiter, deren Stellung dies erfordert, sind Regelungen für den Vertretungsfall getroffen, die eine reibungslose Fortführung der Betriebsabläufe garantieren. Die Vergütungs- und Anreizsysteme der Naspa werden an den in der Geschäfts- und der Risikostrategie niedergelegten Zielsetzungen ausgerichtet. Auf Basis einer Risikoanalyse wurde entschieden, dass die Naspa i. S. der Verordnung über die aufsichtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten kein „bedeutendes“ Institut darstellt.

Potenziellen Notfällen bei zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen wird mit einem Notfallkonzept Rechnung getragen. Die Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzeptes wird regelmäßig durch Notfalltests überprüft.

Das Notfallhandbuch ist ein zentraler Bestandteil der Konzepte der Naspa zur IT-Sicherheit. Die Wirksamkeit und Funktion aller Notfallvorsorgemaßnahmen und Notfallpläne wird in einem jährlichen Turnus in Form von Notfallübungen inklusive einer Dokumentation überprüft und darüber hinaus turnusmäßig einer Prüfung durch die IT-Revision unterzogen.

Auch in der Gesamtbanksteuerung werden Operationelle Risiken bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit sowohl im GuV- als auch im ökonomischen Steuerungskreis berücksichtigt. Zur Quantifizierung von Operationellen Risiken werden ein Value-at-Risk (OpVaR) sowie ein Expected Loss (EL) nach dem Ambitionierten Messansatz (AMA) berechnet. Basis dafür bilden interne und externe Verlustdaten sowie Szenarien.

### Vertriebsrisiken

Vertriebsrisiken werden ebenfalls als wesentliche Risiken innerhalb der Naspa definiert. Dass diese Risikoart als wesentlich eingestuft wird liegt in dem Ergebnisbeitrag des Vertriebs begründet, der durch die Aufgaben der Nassauischen Sparkasse determiniert wird.

Der Vertrieb und die damit einhergehenden Vertriebsrisiken sind Gegenstand der Geschäftsstrategie. Für die Vertriebsrisiken wird daher auf die Erstellung einer eigenen Teilrisikostategie verzichtet. Die Verantwortlichkeiten in Anlehnung an die einzelnen Risikosteuerungs- und Controllingprozesse sind in den Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation verankert.

Vertriebsrisiken werden bei der Risikotragfähigkeit in den jeweiligen GuV-Posten bzw. durch pauschale Puffer berücksichtigt.

Für die operative Steuerung der Vertriebsrisiken sind zwei Zentralbereiche getrennt nach Firmenkunden und Privatkunden verantwortlich. Ihre Aufgabe ist die Analyse der Vertriebsergebnisse und ggf. die Vereinbarung von Maßnahmen zur Angleichung an die Ziele sowie deren Kontrolle.

Dem Vorstand wird im monatlichen Turnus anhand eines Soll-Ist-Abgleichs über die Geschäftsentwicklung, die u. a. Ergebnisprognose, Bestandsentwicklung und Absatzzahlen (Neugeschäft) beinhalten, berichtet.

### Strategische Risiken

Strategische Risiken bezeichnen die Gefahr von Verlusten aus Entscheidungen zur grundsätzlichen Ausrichtung und Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.

Strategische Risiken werden in anderen Risikoarten (z. B. Adressrisiken, Marktpreisrisiken) mittelbar identifiziert und beeinflussen u. U. die Risikoneigung des Vorstandes und damit die Höhe des Risikopuffers bzw. die Bereitschaft, Risikodeckungspotenzial für das Eingehen von Risiken bereitzustellen. Durch eine intensive Vorbereitung und Diskussion strategischer Entscheidungen wird strategischen Risiken Rechnung getragen.

Eine regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Geschäftsstrategie stellt sicher, dass die Strategie in der Organisation und der operativen Geschäftstätigkeit verankert ist.

### Risiken der Gesamtbank

Alle wesentlichen Risiken werden sowohl im ökonomischen als auch im GuV- und im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis zu einem Gesamtbankrisiko aggregiert. Zentrale interne Steuerungsgröße ist dabei das ökonomische Risikodeckungspotenzial, das die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste (Risikopotenzial) mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) abdeckt. Die Bewertung der Risiken erfolgt methodisch konsistent auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes.

Die GuV-Risiken werden je GuV-Posten als negative Abweichung von den Ergebniskomponenten der Planung gemessen. Dabei haben wir, sofern entsprechende Modelle vorhanden sind, ein Konfidenzniveau von 95 % zugrunde gelegt, ansonsten eine Expertenschätzung vorgenommen. Die Addition der GuV-Risiken aller Ergebniskomponenten ergibt das Gesamtbankrisiko. Aufgrund des Vorsichtsprinzips und der nicht exakt bestimmbareren Wechselwirkungen werden Diversifikationseffekte zwischen den Risiken nicht berücksichtigt. Die GuV-Risikotragfähigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dies resultiert insbesondere aus der Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB und der Stärkung der Sicherheitsrücklage. Für die Risiken im aufsichtsrechtlichen Steuerungskreis wird von den GuV-Risiken der Plangewinn subtrahiert, da im Falle eines Risikoeintritts das aufsichtsrechtliche Risikodeckungspotenzial erst in Anspruch genommen wird, wenn der Plangewinn aufgebraucht ist.

Die Einbeziehung der Tochtergesellschaften in den Risikomanagementprozess erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit der Risiken in den einzelnen Tochtergesellschaften in einer abgestuften Systematik. Ungeachtet der Einbindung der Unternehmen in den Risikomanagementprozess der Naspas sind von den Tochtergesellschaften die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben für das Risikomanagement zu beachten.

## Prognosebericht

Die Prognosen der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die konjunkturelle Entwicklung lassen für das Jahr 2011 ein moderates Wachstum der Wirtschaft im Eurogebiet erwarten. Die fünf Wirtschaftsweisen prognostizieren in ihrem Jahresgutachten für Deutschland ein Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aus dem Gutachten geht allerdings auch hervor, dass sich der Aufschwung im Jahr 2011 als Folge der geringeren außenwirtschaftlichen Impulse abschwächen wird. Begründet wird diese Aussage hauptsächlich mit den weltweit auslaufenden staatlichen Stützungsmaßnahmen. Somit besteht nach wie vor Unsicherheit über eine vollumfängliche wirtschaftliche Erholung.

Für 2011 rechnen wir mit moderaten Wachstumsraten im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite. Bei den Eigenanlagen werden wir Fälligkeiten nicht prolongieren, sondern soweit möglich zum Abbau von entsprechenden Refinanzierungsmitteln verwenden.

Der Zinsüberschuss wird sich im Jahr 2011 nach unseren Planungen leicht vermindern und der Provisionsüberschuss leicht erhöhen. Durch die prognostizierte Zinsstrukturkurve wird sich der Strukturbeitrag der Eigengeschäfte nicht nennenswert ausweiten.

Im Dienstleistungsgeschäft rechnen wir mit einem weiteren Anstieg der Erträge gegenüber dem Vorjahr. Maßgeblich wird sich der Absatz im Vermittlungs- und im Wertpapierkommissionsgeschäft positiv entwickeln.

Die Verwaltungsaufwendungen werden sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen. Der Personalaufwand wird aufgrund der geplanten Tarifsteigerung zunehmen. Zusätzlich ergeben sich aus der Umstellung auf das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz weitere Belastungen für die betriebliche Altersversorgung. Durch die Inanspruchnahme des Art. 67 EGHGB verteilen wir den Zuführungsbetrag aus der geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre. Die Sachaufwendungen werden sich durch Vertriebssteigerungs- und Umsetzungsmaßnahmen aus geplanten Projekten geringfügig erhöhen. Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird nach unseren Erwartungen höher als im abgelaufenen Geschäftsjahr ausfallen. Gründe hierfür liegen in einer erwarteten Abschwächung der konjunkturellen Erholung. Durch die prognostizierte Erhöhung des Zinsniveaus wird es beim Bewertungsergebnis im Wertpapierge-

schäft zu Abschreibungen in geringem Umfang kommen. Aufgrund der Kostensteigerungen rechnen wir für das Geschäftsjahr 2011 mit einem Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertung. Dabei sind die Ergebnisse der Strategieprozesse „Naspa 2011 und FK 2012“ in unsere Planung eingeflossen.

Für 2012 rechnen wir insgesamt mit weiterem moderatem Kundenzuwachstum. Der Zins- und Provisionsüberschuss wird sich leicht erhöhen. Die Verwaltungsaufwendungen steigen nur geringfügig. Insgesamt planen wir mit einem erhöhten Jahresüberschuss für die Jahre 2011 und 2012.

## Gesamtaussage

Zusammenfassend sehen wir die Chancen in den Jahren 2011 und 2012 in der konsequenten Umsetzung des qualitätssteigernden ganzheitlichen Beratungsansatzes für alle Kundensegmente in unseren Kerngeschäftsfeldern. Die Neuausrichtung im Marktangang unterstützt durch die Strategieprozesse „Naspa 2011“ und „FK 2012“ wird auch im Jahr 2011 dazu führen, die positive Entwicklung der Kundenbasis zu stärken.

Mit Blick auf eine weitere Stabilisierung der Finanzmärkte besteht die Chance auf einen Anstieg der Provisionserträge im Dienstleistungsgeschäft. Risiken beim Dienstleistungsergebnis sehen wir insbesondere in einem härter werdenden Preiswettbewerb zum Beispiel im Bereich der Kontoführung.

Die aus der Umstellung der Bilanzierungsvorschriften für Pensionsverpflichtungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierenden Belastungen werden wir in den kommenden Jahren konsequent reduzieren. Bei den Verwaltungsaufwendungen erwarten wir – mit Ausnahme der tarif- und preisbedingten Belastungen – keine nennenswerten Erhöhungen. In Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbslage werden wir unverändert ein besonderes Augenmerk auf die Begrenzung des Aufwands richten.

Wesentliche Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung sehen wir vor allem in Erschütterungen des Finanz- und Bankensystems und in nicht vorhersehbaren Risiken im Zusammenhang mit der Schuldenkrise der Euro-Staaten sowie bei einer – entgegen unseren Erwartungen – gravierenden Veränderung der rechtlichen bzw. aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Eine erhebliche Verschlechterung der branchenspezifischen Rahmenbedingungen würde auch wesentliche Auswirkungen auf die Einzelrisikovorsorge für Ausfallrisiken im Kreditgeschäft mit Kunden haben.

Hinsichtlich des Zinsniveaus ergäben sich dann erhebliche Nachteile für die Sparkasse, wenn die Zinsen bei den kurzen Laufzeiten deutlich stärker steigen würden als im mittel- und langfristigen Bereich und sich somit die Zinsstrukturkurve entgegen unseren Einschätzungen spürbarer verflachen würde. Demgegenüber wäre eine steilere Zinsstrukturkurve von Vorteil für die Sparkasse.

Bei günstigeren Entwicklungen der Rahmenbedingungen ergeben sich entsprechende Chancen.

# Bericht des Verwaltungsrates

Im Berichtsjahr fanden 6 Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in denen wir neben der aktuellen Geschäfts- und Risikolage sowie der Behandlung und Feststellung des Jahresabschlusses 2009 mit dem Vorstand folgende Schwerpunkte erörterten und, soweit erforderlich, entsprechende Beschlüsse gefasst haben

- Evaluation der Neuausrichtung der Naspa im Rahmen des Strategieprojektes „Naspa 2011“
- Geschäftsstrategie sowie Risikostrategie und Teilrisikostrategien
- Ad-hoc-Berichterstattung an den Verwaltungsrat gemäß AT 4.3.2 TZ 9 Satz 5 der MaRisk
- Mittelfristplanung 2010 – 2011
- Planung auf Geschäftsfeldebene
- Aktuelle Entwicklung Naspa Dublin vor dem Hintergrund des öffentlich rechtlichen Vertrages
- Aktuelle Entwicklung am europäischen Finanzmarkt (PIIGS-Staaten)
- Prüfung der Deutschen Bundesbank zu Mindestanforderungen an das Risikomanagement gemäß § 44 (1) Satz 2 KWG
- Laufzeitverlängerung der Stillen Einlagen
- Anhörung zur neuen Naspa-Satzung, gültig ab 1. August 2010
- Änderung der „Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse“ sowie der neuen „Geschäftsanweisung für den Vorstand“
- Neufassung der Geschäftsanweisung für die interne Revision

Der Verwaltungsrat war in alle Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Institut einbezogen und hat, soweit erforderlich, nach eingehender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Wir haben den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung überwacht. Der Vorstand unterrichtete uns über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspolitik sowie über die Entwicklung des laufenden Geschäfts und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Naspa regelmäßig, umfassend und zeitnah. Angelegenheiten von besonderer Bedeutung wurden darüber hinaus in den Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Verwaltungsrates beraten und vertieft. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten in den Verwaltungsratssitzungen zeitnah über wesentliche Beschlüsse und Beratungsgegenstände aus diesen Ausschüssen. Zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes der Naspa fanden daneben regelmäßige Besprechungen statt, in denen über aktuelle operative Themen informiert und strategische Überlegungen vorbereitend erörtert wurden.

Eine Fortbildung der Verwaltungsratsglieder zur Ausübung ihrer Aufsichtsfunktion wurde seitens der Naspa im Berichtszeitraum an zwei Abenden mit folgenden Themenschwerpunkten zu aktuellen Entwicklungen im Kreditwesen angeboten und durch Mitglieder des Verwaltungsrates wahrgenommen:

- Auswirkung des BilMoG (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz)
- Aufsichtsrechtliche Anforderungen (MaRisk) an die Risikotragfähigkeit der Naspa
- Übernahme der EU-Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie in deutsches Recht / Basel III
- Novellierung der MaRisk
- Stresstesting
- Weiterentwicklung der Liquiditätsrisikosteuerung

Diese Informationsveranstaltungen werden auch im Geschäftsjahr 2011 an zwei Terminen mit jeweils aktuellen Themen fortgeführt. Darüber hinaus wurde auch im Jahr 2010 den Verwaltungsratsmitgliedern die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen des SGVHT für VR-Mitglieder angeboten; Mitglieder des Verwaltungsrates haben an einzelnen Veranstaltungen teilgenommen.

Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt, prüfte den aufgestellten Jahresabschluss 2010 und erteilte den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Die Abschlussunterlagen wurden allen Mitgliedern des Verwaltungsrates rechtzeitig zugesandt.

Der Abschlussprüfer hat an den heutigen Sitzungen des Bilanzausschusses und des Verwaltungsrates teilgenommen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Dabei wurde der Bericht des Abschlussprüfers in beiden Sitzungen ausführlich erörtert. Nach der abschließenden Prüfung durch den Bilanzausschuss und unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss.

In seiner heutigen Sitzung hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2010 der Naspa festgestellt, den Lagebericht gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Dem Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss der Sicherheitsrücklage zuzuführen, schließen wir uns an.

Der Verwaltungsrat verlängerte in seiner Sitzung am 27. April 2010 das Dienstverhältnis mit Herrn Bockholt, dem für das Dezernat

Privatkunden zuständigen Vorstandsmitglied, über dessen 65. Lebensjahr hinaus weiter bis zum 30. April 2012.

Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 10. Dezember 2010 beschlossen, das Dienstverhältnis mit dem Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Stephan Ziegler, ab dem 1. August 2011 um weitere 5 Jahre zu verlängern.

An dieser Stelle sprechen wir beiden Herren unseren Dank für deren engagiertes und umsichtiges Wirken zum Wohle der Naspa während ihrer bisherigen Amtszeit aus.

Der Verwaltungsrat – sowie die aus seiner Mitte bestellten Ausschüsse – hat somit im Berichtsjahr die ihm gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Wir danken dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Naspa für ihren engagierten und erfolgreichen Einsatz im Geschäftsjahr 2010.

Wiesbaden, 13. April 2011



Dr. Helmut Müller  
Vorsitzender des Verwaltungsrates



# Jahresabschluss

## Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2010

## Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Aktivseite	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010		
		31.12.2010	31.12.2009
	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Barreserve</b>			
a) Kassenbestand		113.748.026,58	113.024
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		124.770.540,63	138.099
		<b>238.518.567,21</b>	251.123
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,--	-
b) Wechsel		-,--	-
		<b>-,--</b>	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>			
a) täglich fällig		414.592.000,27	370.930
b) andere Forderungen		1.583.487.635,10	1.437.246
		<b>1.998.079.635,37</b>	1.808.176
<b>4. Forderungen an Kunden</b>		<b>7.900.087.839,13</b>	8.099.730
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert 3.270.789.721,74 EUR			(3.350.029)
Kommunalkredite 785.566.839,02 EUR			(722.844)
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten	-,--		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			
-,-- EUR			(-)
ab) von anderen Emittenten	19.706.000,00		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(-)
19.706.000,00 EUR		19.706.000,00	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	434.434.399,06		257.515
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			
434.434.399,06 EUR			(257.515)
bb) von anderen Emittenten	668.066.574,44		840.303
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			(738.130)
587.075.285,05 EUR		1.102.500.973,50	1.097.817
c) eigene Schuldverschreibungen		9.692,14	18.364
Nennbetrag 9.000,00 EUR			(18.670)
		<b>1.122.216.665,64</b>	1.116.181
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		<b>182.913.707,53</b>	396.275
<b>6a. Handelsbestand</b>		<b>90.630,12</b>	-
<b>7. Beteiligungen</b>		<b>123.969.786,52</b>	126.683
darunter:			
an Kreditinstituten	1.757.501,00 EUR		(1.758)
an Finanzdienstleistungsinstituten	4.691.327,10 EUR		(4.691)
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		<b>39.034.862,97</b>	40.005
darunter:			
an Kreditinstituten	-,-- EUR		(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-- EUR		(-)
<b>9. Treuhandvermögen</b>		<b>378.934,22</b>	431
darunter:			
Treuhandkredite	378.934,22 EUR		(431)
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>		<b>-,--</b>	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>			
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,--	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5.723.805,49	-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,--	-
d) geleistete Anzahlungen		25.351,00	-
		<b>5.749.156,49</b>	7.566
<b>12. Sachanlagen</b>		<b>112.066.506,09</b>	121.370
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>		<b>23.785.836,17</b>	10.115
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>3.827.618,28</b>	2.856
<b>15. Aktive latente Steuern</b>		<b>55.826.819,01</b>	-
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>11.806.546.564,75</b>	<b>11.980.510</b>

Passivseite		Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010	
		31.12.2010	31.12.2009
	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
a) täglich fällig		97.847.557,87	142.073
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.560.976.078,36	2.608.931
		<b>2.658.823.636,23</b>	<b>2.751.004</b>
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.046.335.180,57		1.710.535
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	293.336.033,66		547.157
		2.339.671.214,23	2.257.692
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	4.026.817.906,26		3.834.305
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	783.214.798,65		1.091.226
		4.810.032.704,91	4.925.531
		<b>7.149.703.919,14</b>	<b>7.183.222</b>
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>			
a) begebene Schuldverschreibungen		613.886.901,55	658.158
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-	-
darunter:		<b>613.886.901,55</b>	<b>658.158</b>
Geldmarktpapiere	-,- EUR		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- EUR		(-)
<b>3a. Handelsbestand</b>		<b>244.025,69</b>	<b>-</b>
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>		<b>378.934,22</b>	<b>431</b>
darunter: Treuhandkredite	378.934,22 EUR		(431)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>		<b>34.535.319,55</b>	<b>26.606</b>
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>13.706.633,45</b>	<b>21.643</b>
<b>6a. Passive latente Steuern</b>		-,-	-
<b>7. Rückstellungen</b>			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		329.896.848,00	307.122
b) Steuerrückstellungen		41.262.549,15	12.909
c) andere Rückstellungen		50.566.467,14	46.415
		<b>421.725.864,29</b>	<b>366.446</b>
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>		-,-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		<b>105.017.340,79</b>	<b>205.599</b>
<b>10. Genussrechtskapital</b>		<b>62.500.000,00</b>	<b>65.125</b>
darunter:			
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	10.000.000,00 EUR		(2.625)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>		<b>1.000.360,00</b>	<b>1.000</b>
darunter:			
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	360,00 EUR		(-)
<b>12. Eigenkapital</b>			
a) gezeichnetes Kapital			
aa) Stammkapital	100.000.000,00		100.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter	100.000.000,00		100.000
		200.000.000,00	200.000
b) Kapitalrücklage		-,-	-
c) Gewinnrücklagen			
ca) Sicherheitsrücklage	534.311.966,37		478.800
cb) andere Rücklagen	-,-		-
		534.311.966,37	478.800
d) Bilanzgewinn		10.711.663,47	22.475
		<b>745.023.629,84</b>	<b>701.275</b>
<b>Summe der Passiva</b>		<b>11.806.546.564,75</b>	<b>11.980.510</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		2.732.047.024,35	3.671.528
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	-
		<b>2.732.047.024,35</b>	<b>3.761.528</b>
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		415.335.900,00	304.517
		<b>415.335.900,00</b>	<b>304.517</b>

Gewinn- und Verlustrechnung		für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010		
		1.1.-31.12.2010		1.1.-31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	433.435.172,09			475.170
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	32.855.004,75			39.242
		466.290.176,84		514.412
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		223.716.238,74		294.996
darunter: aus der Aufzinsung				
von Rückstellungen	66.968,08 EUR			(-)
			<b>242.573.938,10</b>	219.416
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.459.880,73		8.763
b) Beteiligungen		3.071.024,37		2.722
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.632.834,83		1.427
			<b>7.163.739,93</b>	12.962
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			<b>7.234.967,70</b>	6.363
<b>5. Provisionserträge</b>		71.482.573,75		68.025
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		4.658.186,35		4.561
			<b>66.824.387,40</b>	63.463
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>			<b>3.249,80</b>	352
darunter: Zuführungen zu dem Fonds				
für allgemeine Bankrisiken	360,00 EUR			(-)
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<b>18.138.782,46</b>	11.275
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	526.522,02 EUR			(-)
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			<b>-,--</b>	-
			<b>341.939.065,39</b>	313.831
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	96.906.758,34			95.858
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	20.303.517,63	117.210.275,97		28.678
darunter: für Altersversorgung	3.461.299,78 EUR			124.537
				(11.794)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		69.865.667,73		71.172
			<b>187.075.943,70</b>	195.709
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<b>12.741.238,57</b>	13.686
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<b>42.533.153,49</b>	6.653
darunter: aus der Aufzinsung				
von Rückstellungen	29.969.564,60 EUR			(-)
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		80.460.482,85		54.838
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			<b>-,--</b>	-
			<b>80.460.482,85</b>	54.838
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			<b>-,--</b>	7.194
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		1.408.254,53		-
			<b>1.408.254,53</b>	7.194
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			<b>630.332,65</b>	633
<b>18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<b>-,--</b>	1.000
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<b>19.906.168,66</b>	34.118

			1.1.-31.12.2010	1.1.-31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (Übertrag)</b>			<b>19.906.168,66</b>	34.118
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>		2.842.444,73		–
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	2.842.444,73 EUR			(–)
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>		9.821.081,16		–
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechts- modernisierungsgesetzes	9.821.081,16 EUR			(–)
<b>22. Außerordentliches Ergebnis (Fehlbetrag)</b>			<b>6.978.636,43</b>	–
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		1.849.191,26		11.272
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	20.868.697,52 EUR			(–)
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		366.677,50		371
			<b>2.215.868,76</b>	11.643
<b>25. Jahresüberschuss</b>			<b>10.711.663,47</b>	22.475
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			–,–	–
			<b>10.711.663,47</b>	22.475
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der Sicherheitsrücklage		–,–		–
b) aus anderen Rücklagen		–,–		–
			–,–	–
			<b>10.711.663,47</b>	22.475
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die Sicherheitsrücklage		–,–		–
b) in andere Rücklagen		–,–		–
			–,–	–
<b>29. Bilanzgewinn</b>			<b>10.711.663,47</b>	22.475

# Anhang der Nassauischen Sparkasse

zum 31. Dezember 2010

## Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Nassauischen Sparkasse zum 31. Dezember 2010 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang angegebenen Vorjahresdaten wurden gemäß Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Ausweis- und Bewertungsvorschriften angepasst. Von einer Anpassung der Vorjahreszahlen aufgrund der erstmaligen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches wurde abgesehen.

Der Jahresabschluss wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht.

### A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag werden als Rechnungsabgrenzung ausgewiesen und auf die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet des Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

#### Wertpapiere

Den Wertpapierbestand unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagebestand, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die Wertpapiere werden, sofern sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind, zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder beizulegenden Werten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Bei Wertpapieren, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, erfolgt grundsätzlich eine Abschreibung auf den niedrigeren Zeitwert nur, sofern eine dauernde Wertminderung vorliegt (gemildertes Niederstwertprinzip).

Wir haben unsere Wertpapiere (Direktanlagen) daraufhin untersucht, ob am Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder ob der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir grundsätzlich auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Wesentliche Bestimmungsfaktoren, ob ein Markt als aktiv oder inaktiv angesehen wurde, waren zum einen die Entwicklung der Geld-/Brief-Spannen und zum anderen die beobachtbaren Umsätze.

Da nach unserer Einschätzung für die Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich anhand verschiedener Kursquellen auf Plausibilität geprüft.

Die Anteile an Wertpapier-Spezialfonds und Publikumsfonds haben wir auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Auf Wertpapiere, bei denen Leistungsstörungen bestehen, haben wir Abschreibungen auf den unter vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Rückzahlungswert vorgenommen. In diesen Fällen wurde auch von einer Vereinnahmung von Zinserträgen – ungeachtet des Rechtsanspruchs – abgesehen.

Der Buchwert der nicht mit dem Niederstwert angesetzten Wertpapiere beläuft sich einschließlich Zinsabgrenzungen auf 124,4 Mio. EUR; der Zeitwert beträgt einschließlich Zinsabgrenzungen 118,5 Mio. EUR.

Da diese Wertpapiere nach unseren Erwartungen überwiegend zu 100 % zurückgezahlt werden, die Zinsen bisher überwiegend vertragskonform gezahlt wurden und keine anderweitigen Hinweise auf zu erwartende Leistungsstörungen vorliegen, gehen wir von einer nicht dauerhaften Wertminderung aus. Bei einer dauerhaft anzunehmenden Wertminderung haben wir dies bei der Bewertung berücksichtigt.

Die Bewertung der Wertpapiere zum gemilderten Niederstwertprinzip haben wir vorgenommen, um Ergebnisschwankungen zu verringern. Hierdurch hat sich das Ergebnis vor Steuern insgesamt um 5,9 Mio. EUR verbessert.

Den Anschaffungskosten der Schuldverschreibungen mit Zinszahlung bei Einlösung werden die anteiligen Zinsen zugeschlagen.

### **Handelsbestand**

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag und – sofern die Bewertung einen unrealisierten Gewinn ausweist – abzüglich eines Risikoabschlags bzw. zuzüglich eines Risikoaufschlags bewertet. Handelsaktiva und Handelspassiva haben wir anhand der Mittelkurse bewertet. Der Risikoabschlag wird in Form eines Value at Risk (VaR) auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99 %, einer Haltedauer von zehn Tagen sowie eines Beobachtungszeitraums von 250 Tagen berechnet. Finanzinstrumente, bei denen der Ausfallwahrscheinlichkeit der unrealisierten Gewinne durch einen VaR-Abschlag nicht angemessen Rechnung getragen werden kann, befanden sich zum Stichtag nicht

im Bestand. Den Risikoabschlag haben wir für jedes Geschäft einzeln ermittelt und den Handelspassiva zugeschlagen. Zum 31. Dezember 2010 betrug der ermittelte Risikozuschlag 0,1 Mio. EUR.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand geändert. Der Jahresüberschuss hat sich dadurch um 0,6 Mio. EUR erhöht.

Aus dem Nettoertrag des Handelsbestands haben wir gemäß § 340e Abs. 4 HGB eine Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 10 % der Nettoerträge des Handelsbestands vorgenommen. Laufende Erträge, laufende Aufwendungen und Refinanzierungsaufwendungen für Finanzinstrumente des Handelsbestands fielen im Berichtszeitraum nicht an.

### **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen**

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

### **Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen**

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bewertet. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Bei den Gebäuden erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit Abschreibungssätzen zwischen 2 % und 4 %. Mietereinbauten werden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.



Aufgrund steuerrechtlicher Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in früheren Geschäftsjahren, die gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwands liegt der ausgewiesene Jahresüberschuss um rd. 0,1 Mio. EUR über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre. Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre, die gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang.

### Wertaufholung

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen.

### Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

### Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der projizierten Einmalbeitragsmethode (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,15 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssatz verwendet. Darüber hinaus wurden im Wesentlichen folgende Parameter angewandt:

Rentendynamik	1,50 %
Gehaltstrend	1,75 %
Bezügedynamik (einschließlich Gehaltstrend)	2,25 %

Unter Anwendung der Übergangsregelung des Artikels 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB i. V. m. Artikel 67 Abs. 2 EGHGB erfolgt eine ratierte Ansammlung der Rückstellungsbeträge für laufende Pensionen und Anwartschaften; zum 31. Dezember 2010 belaufen sich die in der Bilanz noch nicht ausgewiesenen Beträge auf 101,9 Mio. EUR. Für laufende Pensionen oder Anwartschaften, bei denen die Pensionberechtigten einen Rechtsanspruch vor dem 1. Januar 1987 erworben haben, wurde für die Jahre 2008 und 2009 von dem Wahlrecht gemäß Artikel 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionsrückstellungen im Umfang von rund 21,9 Mio. EUR (Vorjahr: 19,8 Mio. EUR) nicht gebildet.

Die übrigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und – soweit deren Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt – mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

### Eigenkapital

Einlagen stiller Gesellschafter in einer Gesamthöhe von 100,0 Mio. EUR mit einer Ursprungslaufzeit bis 31. Dezember 2015 wurden prolongiert und sind nun befristet bis zum 31. Dezember 2032. Aufgrund erfolgsneutraler BilMoG-Erstanwendungseffekte hat sich die Sicherheitsrücklage um 33,0 Mio. EUR erhöht.

### Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der Gesamtposition je Währung vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung von zinstragenden Bilanzpositionen, erfolgt die Bewer-

tung des Termingeschäfts anhand des gespaltenen Terminkurses i. V. m. einer Reststellenanalyse. Umrechnungsdifferenzen aus Beständen außerhalb der besonderen Deckung werden grundsätzlich unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in dem GuV-Posten ausgewiesen, in dem auch das übrige Bewertungsergebnis des entsprechenden Geschäfts ausgewiesen wird.

### **Latente Steuern**

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz werden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden nur bilanziert, wenn sie sich nach unserer Planung in der Zukunft durch zu versteuernde Gewinne ausgleichen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (Vorjahr: 15,83 %) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 14,06 % (Vorjahr: 14,09 %).

### **Fristengliederung**

Von der Erleichterungsregelung gemäß § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

## B. Angaben zur Bilanz

Angaben und Erläuterungen zu den Bilanzposten erfolgen analog zum Ausweis in der Bilanz.

Aktiva		
	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	10
– Forderungen an verbundene Unternehmen	–	–
– Forderungen an die eigenen Girozentralen	<b>76.178</b>	104.869
– Forderungen mit Nachrangabrede	<b>13.208</b>	12.327
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
b) andere Forderungen		
bis drei Monate	<b>691.006</b>	579.313
mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>305.414</b>	174.649
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>552.065</b>	512.042
mehr als fünf Jahre	<b>9.746</b>	138.899
<b>Forderungen an Kunden</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<b>245.775</b>	251.676
– Forderungen an verbundene Unternehmen	<b>14.556</b>	21.186
– Forderungen mit Nachrangabrede	<b>933</b>	596
Aufgliederung des Postens nach Restlaufzeiten:		
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	<b>471.519</b>	440.668
mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>489.216</b>	497.891
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>1.999.354</b>	2.038.711
mehr als fünf Jahre	<b>4.362.641</b>	4.719.006
mit unbestimmter Laufzeit	<b>564.223</b>	384.948
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	<b>10</b>	185
– börsennotiert	<b>1.041.176</b>	1.030.154
– nicht börsennotiert	<b>81.041</b>	86.027
– wie Anlagevermögen bewertet	<b>101.839</b>	207.017
– bei anderen Kreditinstituten in Pension gegebene Wertpapiere	–	–
– im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig	<b>364.375</b>	171.675

<b>Aktiva</b>		
	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Wertpapiere mit Nachrangabrede	28.740	35.606
– wie Anlagevermögen bewertet	22.540	129.546
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	14.057	20.924
– nicht börsennotiert	168.857	375.352

#### Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Die Naspa hält jeweils Anteile von mehr als 10 % an zwei Spezialfonds (Buchwerte: 148,0 Mio. EUR), die weit überwiegend in Rentenwerten investiert sind, sowie an einem Dachfonds (Buchwert: 6,1 Mio. EUR). Die Marktwerte (Rücknahmepreise) entsprechen den Buchwerten. Die in 2010 erfolgten Ausschüttungen belaufen sich auf 2,2 Mio. EUR.

<b>Finanzinstrumente des Handelsbestandes</b>		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	91	–
<b>Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
– börsennotiert	–	–
– nicht börsennotiert	1.946	1.883

<b>Entwicklung der Finanzanlagen</b>				
	Schuld- verschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Bilanzwert am 01.01.2010	420.266	137.901	126.683	40.005
Veränderung	-119.180	-7.480	-2.713	-970
<b>Bilanzwert zum 31.12.2010</b>	<b>301.086</b>	<b>130.421</b>	<b>123.970</b>	<b>39.035</b>
Bilanzwert Vorjahr	420.266	137.901	126.683	40.005

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit gemäß § 34 Abs. 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

<b>Aktiva</b>		
	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
<b>Treuhandvermögen</b>		
Die in diesem Posten enthaltenen Treuhandkredite in Höhe von bestehen ausschließlich aus Forderungen an Kunden.	<b>379</b>	431
<b>Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>		
Hiervon entfallen auf:		
– im Rahmen des Sparkassengeschäftes genutzte Grundstücke und Gebäude	<b>79.152</b>	89.474
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	<b>11.336</b>	12.346
<b>Aktiva</b>		
	<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>Sachanlagen</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
<b>Entwicklung</b>		
Anschaffungskosten am 01.01.2010	19.304	352.258
Zugänge	539	2.644
Umbuchungen	–	–
Abgänge	48	5.704
kumulierte Abschreibungen	14.046	237.131
<b>Bilanzwert zum 31.12.2010</b>	<b>5.749</b>	<b>112.067</b>
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	–	–
Abschreibungen des Geschäftsjahres	2.328	10.414
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Ausgabe- und niedrigerem Rückzahlungsbetrag von Forderungen	<b>1.297</b>	104
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten	<b>324</b>	491
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	<b>2.206</b>	2.261
<b>Steuerforderungen aus latenten Steuern</b>		
Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren aus:		
– steuerlichen Verlustvorträgen	<b>–</b>	–
– Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen	<b>55.827</b>	–

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 5,9 Mio. EUR, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 61,7 Mio. EUR überdeckt. Der Saldobetrag in Höhe von 55,8 Mio. EUR wird in den Jahresabschlussposten Aktive latente Steuern eingestellt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf Ansatzunterschiede aufgrund unterschiedlicher Wertansätze bei den Forderungen an Kunden (rund acht Zehntel) sowie den Rückstellungen (rund ein Zehntel) und übrige Posten. Steuerliche Verlustvorträge bestanden zum 31. Dezember 2010 nicht.

<b>Passiva</b>		
	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<b>18.705</b>	16.095
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber den eigenen Girozentralen	<b>1.548.496</b>	1.560.040
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von		
bis drei Monate	<b>77.778</b>	91.368
mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>20.940</b>	28.926
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>2.126.502</b>	2.025.227
mehr als fünf Jahre	<b>282.832</b>	402.757
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände:	<b>1.394.345</b>	1.303.010
– Darin sind Wertpapiere mit Buchwerten von enthalten, die der Deutschen Bundesbank verpfändet wurden.	<b>995.984</b>	947.326
Zum Bilanzstichtag betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten	–	–
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<b>1.921</b>	2.631
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<b>9.588</b>	8.276
Aufgliederung des Unterpostens nach Restlaufzeiten:		
a) Spareinlagen		
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		
bis drei Monate	<b>73.300</b>	131.966
mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>125.461</b>	384.052
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>94.364</b>	30.675
mehr als fünf Jahre	<b>212</b>	464
b) andere Verbindlichkeiten		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
bis drei Monate	<b>324.345</b>	605.932
mehr als drei Monate bis ein Jahr	<b>328.903</b>	344.459
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	<b>119.532</b>	130.783
mehr als fünf Jahre	<b>9.596</b>	9.096

<b>Passiva</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
Begebene Schuldverschreibungen, die im Folgejahr fällig werden	<b>155.000</b>	57.997
<b>Finanzinstrumente des Handelsbestandes</b>		
Von den in diesem Posten enthaltenen Finanzinstrumenten sind:		
– Derivate Finanzinstrumente in Fremdwährung	<b>164</b>	–
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	<b>379</b>	431
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Unterschied zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	<b>12.475</b>	20.269
– sonstige Rechnungsabgrenzungen	<b>1.231</b>	1.374
<b>Steuerrückstellungen</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Rückstellungen für laufende Veranlagungen	<b>29.753</b>	12.813
– Rückstellungen für Betriebsprüfungen	<b>11.510</b>	96
– Rückstellungen für latente Steuern	–	–
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	–	–
– abgegrenzte Zinsen	<b>3.388</b>	6.356

Die von der Nassauischen Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten dienen der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Sie haben Ursprungslaufzeiten von mehr als sieben Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen.

Die Nassauische Sparkasse hat sich teilweise ein außerordentliches Kündigungsrecht der nachrangigen Verbindlichkeiten, kündbar mit zweijähriger Kündigungsfrist zum Ende eines Geschäftsjahres, vorbehalten.

Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 101,6 Mio. EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 5,35 % und eine Ursprungslaufzeit von 7 bis 10 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 15,0 Mio. EUR fällig.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Zinsaufwendungen in Höhe von 8,4 Mio. EUR angefallen.

## C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

### **Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen**

In diesem Posten ist die Haftungsverpflichtung gegenüber dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen aus dem Verkauf der Naspa Dublin in Höhe von 2.583,5 Mio. EUR enthalten. Weitere Erläuterungen hierzu haben wir in Abschnitt E. gemacht.

### **Unwiderrufliche Kreditzusagen**

Bei den am Bilanzstichtag bestehenden unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich um Buchkredite. Keine der Zusagen ist für die Gesamttätigkeit der Nassauischen Sparkasse von wesentlicher Bedeutung.

Der deutliche Anstieg resultiert, im Wesentlichen DV-technisch bedingt, aus einem geänderten Ausweis von Kontokorrentkrediten mit befristeter Laufzeit.



## D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Provisionserträge

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Investmentzertifikate, Bausparverträge etc.).

### Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten zu rund 27 % Zinsen aus Steuererstattungsansprüchen und zu rund 24 % Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

### Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten zu rund 9 % Zinsen auf Steuererstattungsansprüche und zu rund 71 % Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen, davon 29,3 Mio. EUR für Pensionsrückstellungen.

### Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge entfallen ausschließlich auf aktive latente Steuern als Umstellungseffekt aus der Anwendung des BilMoG.

### Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen ausschließlich auf Umstellungseffekte aus der Anwendung des BilMoG, hiervon rund 74 % auf eine Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gem. Artikel 67 Abs. 1 EGHGB.

<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		
	<b>2010</b>	<b>2009</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
In diesem Posten sind enthalten:		
– Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	<b>-22.765</b>	-11.399
– Ergebnis aperiodische Steuern außerhalb einer Betriebsprüfung	<b>2.269</b>	-2.318
– Latente Steuern	<b>20.869</b>	–
– Nachzahlungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	<b>-11.529</b>	–
– Erstattungen für Vorjahre aufgrund einer Betriebsprüfung	<b>9.307</b>	2.445

Das außerordentliche Ergebnis führte zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

### Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperrten Beträgen

Der Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge nach § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 55,8 Mio. EUR entfällt ausschließlich auf die Aktivierung latenter Steuern.

## E. Sonstige Angaben

### Anteilsbesitz

Anteilsbesitz der Nassauischen Sparkasse in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung gemäß § 286 Abs. 3 i. V. m. § 285 Nr. 11 HGB ist:

Gesellschaft	Sitz	Kapital- anteil	Eigen- kapital	Bilanz- summe	Umsatz- erlöse	Ergebnis Geschäftsjahr 2010
		in %	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Verbundene Unternehmen</b>						
Naspa-Direkt GmbH <sup>1)</sup>	Wiesbaden	100,0	256	302	2.919	0
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	27.650	28.498	1.473	797
Naspa Immobilien GmbH <sup>1)</sup>	Wiesbaden	100,0	25	660	2.392	412
Naspa-Versicherungs-Service GmbH <sup>1) 4)</sup>	Wiesbaden	75,0	511	4.350	9.407	5.707
Nassovia Beteiligungs GmbH <sup>1)</sup>	Wiesbaden	100,0	5.113	17.954	1.807	1.125
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Wiesbaden	100,0	4.400	4.504	53	32
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG <sup>2) 3)</sup>	Oestrich-Winkel	100,0	3.295	6.172	519	-630
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG <sup>3)</sup>	Oestrich-Winkel	100,0	1.786	5.714	4.107	836

<sup>1)</sup> Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

<sup>2)</sup> Ergebnisübernahme durch die Naspa.

<sup>3)</sup> Abweichendes Geschäftsjahr (30.06.2010).

<sup>4)</sup> Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermittlungsgeschäften.

Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

## Derivative Finanzinstrumente

Die Nassauische Sparkasse schließt Geschäfte im Rahmen der Gesamtbanksteuerung sowie zur Absicherung von Zins-, Marktpreis- und Währungsrisiken aus dem allgemeinen Bankgeschäft und darüber hinaus als Handelsgeschäfte ab. Kontrahenten sind überwiegend Landesbanken.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zins-swaps wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen. Den Marktwerten dieser Geschäfte stehen in den Bilanzposten gegenläufige Wertentwicklungen gegenüber.

Die zur Absicherung von Fremdwährungsrisiken abgeschlossenen Kassa- und Termingeschäfte sowie die im Kundengeschäft getätigten, grundsätzlich gegenläufigen Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte wurden gemäß § 256a HGB und § 340h HGB bewertet. Die Bewertung der Handelsgeschäfte mit Fremdwährungsrisiken erfolgte gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Zins-/Währungswaps werden in die besondere Deckung nach § 340h HGB einbezogen.

Die übrigen derivativen Finanzinstrumente werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts hat sich die Naspas auf Marktwerte und auf Marktwerte einzelner Bestandteile von Finanzinstrumenten bzw. auf Marktwerte gleichwertiger Instrumente gestützt.

Bei Zinsderivaten erfolgt die Bewertung grundsätzlich nach der Barwertmethode auf Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven.

Sofern insbesondere bei Optionen keine Marktwerte vorhanden waren, wurde der beizulegende Wert mithilfe eines anerkannten Bewertungsmodells ermittelt. Dabei wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach den aktuellen Zinsstrukturkurven ergeben, Volatilitäten, die auf Basis aktueller Marktdaten vergleichbarer Instrumente ermittelt wurden. Am Bilanzstichtag standen Optionsrechte von 0,1 Mio. EUR Optionsverbindlichkeiten von 0,2 Mio. EUR gegenüber.

Für die Bewertung der im Rahmen der Sparkassen Kreditbaskets III, VI und VII abgeschlossenen Credit-Linked-Notes, die aus einer Schuldverschreibung und einem Credit-Default-Swap bestehen, wurden Bewertungsmodelle herangezogen. Bei den Modellen wurden die folgenden Bewertungsparameter verwendet: Zinssätze, die sich nach der aktuellen Zinsstrukturkurve richten, Ausfall- und Übergangswahrscheinlichkeiten, die sich aus der Migrationsmatrix des DSGV bzw. nach den aktuellen Ratingnoten der im Kreditpool enthaltenen Adressrisiken ergeben.

Die positiven beizulegenden Zeitwerte können als Indikator für die mit den Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen.

In Passivposten 7c) bestehen Drohverlustrückstellungen für Credit-Default-Swaps von 0,7 Mio. EUR.

Die Derivate auf Zinsrisiken beinhalten 3.426,8 Mio. EUR Geschäfte zur Steuerung des Zinsbuches.

Die Derivate auf Währungsrisiken beinhalten 139,8 Mio. EUR Absicherungsgeschäfte, 32,0 Mio. EUR Handelsgeschäfte und 120,8 Mio. EUR gedeckte Kundengeschäfte. Die Derivate auf Kreditrisiken beinhalten 59,8 Mio. EUR Absicherungs- bzw. Steuerungsgeschäfte.

Die Grundsätze des Risikomanagements sowie die verwendeten Messverfahren und Limitsysteme sind vom Vorstand genehmigt worden. Die für das Risikomanagement Verantwortlichen berichten unmittelbar an den Vorstand.

Der Bestand derivativer Geschäfte am Bilanzstichtag setzt sich nach Nominalbeträgen, Zeitwerten und Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwerte zum 31.12.2010	
	31.12.2010	31.12.2009	positive	negative
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Zinsrisiken</b>				
Zinsswaps	3.426.827	3.937.571	49.010	160.762
	<b>3.426.827</b>	<b>3.937.571</b>	<b>49.010</b>	<b>160.762</b>
<b>Adressenrisiken</b>				
Credit-Default-Swaps	59.813	60.733	135	203
	<b>59.813</b>	<b>60.733</b>	<b>135</b>	<b>203</b>
<b>Währungsrisiken</b>				
Devisentermingeschäfte	217.189	267.005	1.001	6.254
Devisenoptionsgeschäfte	32.868	–	114	187
Zins-/Währungsswaps	42.560	43.236	6.244	6.149
	<b>292.617</b>	<b>310.241</b>	<b>7.359</b>	<b>12.590</b>
<b>Gesamt</b>	<b>3.779.257</b>	<b>4.308.545</b>	<b>56.504</b>	<b>173.555</b>

Kundengruppengliederung	Nominalwerte	
	31.12.2010	31.12.2009
Banken in der OECD	3.635.670	4.154.019
Sonstige Kontrahenten	143.587	154.526
<b>Gesamt</b>	<b>3.779.257</b>	<b>4.308.545</b>

Nominalwerte/Restlaufzeiten	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
<b>Zinsrisiken</b>		
– bis ein Jahr	361.896	362.744
– über ein Jahr bis fünf Jahre	2.764.931	2.664.714
– über fünf Jahre	300.000	910.113
<b>Zinsrisiken insgesamt</b>	<b>3.426.827</b>	<b>3.937.571</b>
<b>Adressenrisiken</b>		
– bis ein Jahr	9.813	26.920
– über ein Jahr bis fünf Jahre	50.000	33.813
– über fünf Jahre	–	–
<b>Adressenrisiken insgesamt</b>	<b>59.813</b>	<b>60.733</b>
<b>Währungsrisiken</b>		
– bis ein Jahr	250.057	267.005
– über ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
– über fünf Jahre	42.560	43.236
<b>Währungsrisiken insgesamt</b>	<b>292.617</b>	<b>310.241</b>
<b>Gesamt</b>	<b>3.779.257</b>	<b>4.308.545</b>

### Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände bei der Naspa in Höhe von 132,8 Mio. EUR und Verbindlichkeiten in Höhe von 44,2 Mio. EUR.

### Bezüge der Organe (§ 285 Satz 1 Nr. 9a und Nr. 9b HGB)

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.645 TEUR. Der Vorsitzende des Vorstands, Herr Stephan Ziegler, erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 543 TEUR. Herr Jürgen Bockholt erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 374 TEUR. Herr Günter Högner erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 369 TEUR. Herr Bertram Theilacker erhielt im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von 359 TEUR.

Die Vorstandsmitglieder haben, mit Ausnahme von Herrn Bockholt, gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz (HSpG) erlassenen Anstellungsrichtlinien des SGVHT. Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes sowie an ihre Hinterbliebenen wurden Ruhegehälter in Höhe von 1.413 TEUR gezahlt. Für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen in Höhe von 16.625 TEUR.

Die Aufwendungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates beliefen sich im Berichtsjahr 2010 auf 99 TEUR.

#### Kredite an Organmitglieder (§ 285 Satz 1 Nr. 9c HGB)

Zum Jahresende belaufen sich die Gesamtbeträge der gewährten Kredite und der eingegangenen Haftungsverhältnisse für die Mitglieder des Verwaltungsrates auf 606 TEUR, die Mitglieder des Vorstandes haben keine Kredite in Anspruch genommen.

#### Honorar des Abschlussprüfers (§ 285 Satz 1 Nr. 17 HGB)

In den anderen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10b) sind Honorare des Abschlussprüfers in Höhe von 456 TEUR enthalten. Hiervon entfielen 381 TEUR auf die Durchführung der Jahresabschlussprüfung und 75 TEUR auf andere Bestätigungsleistungen.

#### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	1.351	1.383
Teilzeit- und Ultimokräfte	519	518
	1.870	1.901
Auszubildende	134	132
<b>Insgesamt</b>	<b>2.004</b>	<b>2.033</b>

#### Nicht bilanzierte Verpflichtungen sowie Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11a HGB

Die Nassauische Sparkasse hat am 19. Dezember 2008 mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT) einen Unternehmenserwerbsvertrag zur Veräußerung der **Naspa Dublin** geschlossen. Der dingliche Vollzug des Vertrages erfolgte am 29. Mai 2009. Die Naspa Dublin ist eine Gesellschaft mit unbeschränkter Haftung (Private Unlimited with Share Capital) nach irischem Recht.

In einem separaten **öffentlich-rechtlichen Vertrag** mit dem SGVHT hat sich die Naspa verpflichtet, im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa bestimmte wirtschaftliche Risiken im Zusammenhang mit den von der Naspa Dublin gehaltenen Wertpapieren zu übernehmen. Nach den Bestimmungen dieses Vertrages trägt der SGVHT über dessen regionalen Reservefonds mit wirtschaftlicher Wirkung ab dem 31. Dezember 2008 etwaige tatsächliche Ausfälle aus den von der Naspa Dublin gehaltenen Positionen bis zu einer Höhe von 100 Mio. EUR. Über ihre Beteiligung am Stammkapital des SGVHT ist die Naspa allerdings weiterhin indirekt wirtschaftlich von diesen Ausfällen betroffen. Im Hinblick auf diese Übernahme von tatsächlichen Ausfällen durch den Reservefonds bis zur Höhe von 100 Mio. EUR hat sich die Naspa in einem Besserungsschein zugunsten des Reservefonds zudem zum Ausgleich verpflichtet, sofern dies mit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Naspa, insbesondere mit der hinreichenden Ausstattung mit Eigenkapital und mit der zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages erforderlichen Ertragskraft vereinbar ist. Alle Ausfälle, die über die zuvor genannte Höhe von 100 Mio. EUR hinausgehen, sind dagegen im Innenverhältnis zwischen dem SGVHT und der Naspa von der Naspa zu tragen, d. h., soweit sich derartige Ausfälle realisieren und durch den SGVHT bzw. den Reservefonds als Eigentümer der Naspa Dublin getragen werden müssen, ist die Naspa verpflichtet, die Ausfälle durch entsprechende Zahlungen an den SGVHT bzw. den Reservefonds auszugleichen. Für den Fall, dass die für die Naspa Dublin zuständige Bankaufsichtsbehörde (Financial Regulator) eine Verstärkung des Eigenkapitals der Naspa Dublin verlangt, hat sich die Nassauische Sparkasse verpflichtet, dem SGVHT auf dessen Wunsch unter Wahrung gesetzlicher Anforderungen und Beschränkungen – insbesondere der Großkreditbestimmungen des Kreditwesengesetzes – Darlehen zur Refinanzierung bereitzustellen. Daneben ist die Nassauische Sparkasse verpflichtet, sich bei der Refinanzierung der Naspa Dublin unter Wahrung ihrer eigenen Belange bis

zum Betrag von 1,2 Mrd. EUR zu engagieren. Derzeit ist diese Verpflichtung aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben ohne praktische Relevanz.

Die Nassauische Sparkasse hatte gegenüber und zugunsten der Naspa Dublin eine Patronatserklärung abgegeben, wonach sie sicherstellt, dass die Naspa Dublin ihre Verpflichtungen in Höhe der Beteiligungsquote der Nassauischen Sparkasse an der Naspa Dublin zum Zeitpunkt des Eingehens der jeweiligen Verbindlichkeit stets erfüllen kann. Da bei der Naspa Dublin keine Verbindlichkeiten mehr aus der Zeit der Gesellschafterstellung der Naspa bestehen, ist die Patronatserklärung der Naspa gegenstandslos geworden.

Die Nassauische Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der **Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG**, Mainz, und der **HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG**, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt. Davon unberührt besteht für die im Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung in das Handelsregister begründeten Verbindlichkeiten der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs OHG und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien OHG eine Nachhaftung für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Die Nassauische Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die

Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche, neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale **Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen** instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage erreicht sind. Bemessungsgrundlage ist die Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die **Verpflichtungen aus Leasingverträgen** betragen für das Jahr 2011 0,2 Mio. EUR. Die Leasingverträge haben eine Laufzeit bis vier Jahre.

Andere nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen sind nur von untergeordneter Bedeutung für die Finanzlage der Nassauischen Sparkasse.

# Verwaltungsrat der Nassauischen Sparkasse

## **Vorsitzender:**

Dr. Helmut Müller  
Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Wiesbaden

Helmut Bruns  
Rentner (Geschäftsführer i. R.)

Hildebrand Diehl  
Oberbürgermeister i. R. der  
Landeshauptstadt Wiesbaden

Bärbel Henrich-Bender  
Mitarbeiterin der Naspa  
Personalratsvertreterin

Axel Imholz  
Selbstständiger  
Kommunikationsberater

Andreas Immel  
Mitarbeiter der Naspa  
Gewerbekundenberater

Harald Schweitzer  
Mitglied des Landtages  
Rheinland-Pfalz

Achim Schwickert  
Landrat des  
Westerwaldkreises

Klaus-Peter Willsch  
Mitglied des Bundestages

## **Stv. Vorsitzender:**

Günter Kern  
Landrat des  
Rhein-Lahn-Kreises

Peter Feldmann  
Grundsatzreferent des  
Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

## **Weitere Mitglieder:**

Marion Adelman  
Mitarbeiterin der Naspa  
Personalratsvertreterin

Dr. Manfred Fluck  
Landrat i. R. des  
Kreises Limburg-Weilburg

Helmut Klöckner  
Verbandsbürgermeister i. R. der  
Verbandsgemeinde Nassau

Stefan Zimmermann  
Mitarbeiter der Naspa  
Leiter Finance-Center

Burkhard Albers  
Landrat des  
Rheingau-Taunus-Kreises

Berthold R. Gall  
Landrat des  
Main-Taunus-Kreises

Uwe Lichte  
Mitarbeiter der Naspa  
Personalratsvertreter

Silvia Andree  
Mitarbeiterin der Naspa  
Private Banking-Beraterin

Rita Gröschel  
Mitarbeiterin der Naspa  
Private Banking-Beraterin

Manfred Michel  
Landrat des  
Kreises Limburg-Weilburg

Jürgen Banzer  
Mitglied des Landtages  
Hessen

Heinz Hannappel  
Mitarbeiter der Naspa  
Personalmanager

Petermartin Oschmann  
Verbandsjurist des  
AGV HessenChemie

Uwe Becker  
Stadtkämmerer der  
Stadt Frankfurt am Main

Patrick Hannappel  
Mitarbeiter der Naspa  
Leiter Finance-Center

Harald Schindler  
Sonderbeauftragter für Kom-  
munen und Sonderkunden  
der SV-Service GmbH



# Vorstand der Nassauischen Sparkasse

## Vorsitzender

Stephan Ziegler

## Mitglieder

Jürgen Bockholt

Günter Högner

Bertram Theilacker

## Mandate des Vorstandes und anderer Mitarbeiter im Sinne von § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Stephan Ziegler	Mitglied des Verwaltungsrates der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt
Jürgen Bockholt	Mitglied des Aufsichtsrates der neue leben Pensionskasse AG, Hamburg
Günter Högner	Mitglied des Board of Directors der Naspa Dublin, Dublin

Wiesbaden, den 11. März 2011

Nassauische Sparkasse

– Der Vorstand –



Ziegler



Bockholt



Högner



Theilacker

# Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Nassauischen Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Nassauischen Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Nassauischen Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchfüh-

rung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nassauischen Sparkasse. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Nassauischen Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 16. März 2011  
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen  
– Prüfungsstelle –

Dr. Sablotny  
Wirtschaftsprüfer

Winterstein  
Wirtschaftsprüfer

# Impressum

**Herausgeber**\_\_Nassauische Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Rheinstraße 42–46, 65185 Wiesbaden, Fon: 06 11/ 364-0

**Druck**\_\_Druckerei Gerich, Wiesbaden

**Gestaltung**\_\_2+ Design, Wiesbaden

